

Er scheint täglich neuwert mit Aussehen der Sonn- und Feiertage.

**Abonnementpreis** monatlich 30 Pfg. vierteljährlich 1.50 Mk. vierteljährlich 1.50 Mk. Durch die Post bezogen 1.66 Mk. zinkl. Postgeb.

„Die Neue Welt“ (Wochenblatt) durch die Post nicht bezogen, kostet monatlich 10 Pfg. vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

# Die Arbeiter-Zeitung

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geisstr. 21, Hof 2 Cr. Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 Cr.

**Insertionsgebühr** beträgt für die Spaltenzeit 20 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die ersten 10 Zeilen 10 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 15 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 20 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 25 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 30 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 35 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 40 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 45 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 50 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 55 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 60 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 65 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 70 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 75 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 80 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 85 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 90 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 95 Pfg. pro Zeile pro Tag. Für die folgenden 10 Zeilen 100 Pfg. pro Zeile pro Tag.

## Eine Ehrenkränkung.

Am Sonnabend ist in Berlin von der vierten Strafkammer des Landgerichts I ein Urteil gefällt worden, das unbegreiflich erscheinen möchte, wenn auf dem Gebiete der Rechtspflege überhaupt noch etwas unbegreiflich wäre. — Der praktische Arzt Dr. Magnus Hirschfeld in Charlottenburg hat sich seit einem Jahrzehnt mit dem Studium einer ungemein schwierigen Frage beschäftigt, mit der Homosexualität. Man berichtet darunter die geschlechtliche Zueignung eines Mannes oder Weibes zu einer Person als die Geschlechts. Während als normaler Zustand die Zueignung des Mannes zum Weibe und umgekehrt gilt und während der gleichgeschlechtliche Verkehr als lasterhafte Verirrung betrachtet wird, bemühte sich Dr. Hirschfeld, den Nachweis zu erbringen, daß die Natur nicht nur Männer und Weiber schafft, sondern daß es eine sehr erhebliche Anzahl von Personen gibt, die geschlechtliche Zwischenstufen zwischen Mann und Weib darstellen und deren geschlechtlichen Neigungen dementsprechend als normal erscheinen.

Daß geschlechtliche Zwitterbildungen vorkommen, ist zwar längst bekannt gewesen; aber man hielt das für seltene Ausnahmefälle, und man beachtete nicht, daß die von der Norm abweichenden Bildungen aus naturnotwendig auf die geschlechtlichen Neigungen der Betroffenen von bestimmendem Einflusse sein müssen. Unser Strafgesetz stellt in § 175 den gleichgeschlechtlichen Verkehr unter Strafe, und es erachtet diesen Geschlechtsverkehr für so verwerflich und lasterhaft, daß auch auf Verlaßt der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden darf. Doch schon bei Festung des Strafgesetzes tritt eine auffällige Inkongruenz zu Tage. Es wird nämlich nur der gleichgeschlechtliche Verkehr zwischen Männern bestraft, nicht auch der zwischen Frauen. Dr. Hirschfeld wurde zu einem genaueren Studium des homosexuellen Problems veranlaßt durch den Selbstmord eines homosexuellen Offiziers, der dem Strafgesetze nicht verfallen wollte und in der Verzweiflung zum Revolver griff. Sobald bekannt wurde, daß Hirschfeld Material zur Lösung des Problems zusammenzutragen, meldeten sich ihm aus ganz Deutschland zahlreiche der Unglücklichen, die unter dem Fluche eines Vorurteils leben und leiden müssen. Schon damals wurde offenbar, daß die Zahl der Homosexuellen viel größer war, als man gekannt hatte. Die erste Folge war eine kritische der bürgerlichen Ehrenrechte in weicher als medizinischen und juristischen Gründen die Abänderung des § 175 gefordert wurde. Verschiedene und juristische Autoritäten, wie Krafft-Ebing, v. List, Wendel, Stübner, v. Vitschell, Günterberg, unterschrieben die Petition, der auch andere bekannte Persönlichkeiten beitrugen, wie Bebel, Gerhard Hauptmann, v. Widenbruch, Kauffach, Max Liebermann, v. Kintner. Später sind über 2400 praktische Aerzte auf Grund ihrer Erfahrungen der Petition beigetreten. Es bildete sich unter Leitung Hirschfelds ein wissenschaftlich-humanitäres Komitee, das eine Reihe von Schriften über die Homosexualität herausgab, in Zahlreichen das gesammelte Material veröffentlichte und auch sonst eine rege Agitation entfaltete.

Die erste Petition an den Reichstag nahm ein klägliches Ende. Die Petitionskommission beschloß, sie für ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären, weil eine Verprechung der Angelegenheit im Reichstage unethisch wäre. Das Zentrum, die Konserativen und auch die Liberalen stimmten dem sozialdemokratischen Antrag, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung oder mindestens als Material zu überreichen, nieder. So jedes Verständnis für waren die Herren einer schmerzlichen Frage gegenüber. Ein sozialdemokratisches Mitglied der Petitionskommission machte zwar vom geschäftsordnungsmäßigen Rechte Gebrauch und sammelte dreißig Unterschriften für den Antrag, die Petition trotz des Vetos der Kommission an das Plenum zu bringen, die nötigen Unterschriften waren auch bald zusammen, aber trotzdem wurde die Petition gegen anderen von Jahr zu Jahr verschleppt, und sie gehörte zu den zahlreichen Zeichen, die bei Schluß der vorigen Legislaturperiode begraben worden sind.

Das wissenschaftlich-humanitäre Komitee ließ sich durch den ersten Heftigkeit nicht beirren. Auf einer vorigen Jahr abgehaltenen Konferenz wurde eine statistische Kommission gebildet, der die Aufgabe oblag, durch Umfragen die etwaige Zahl der Homosexuellen zu ermitteln. Zu diesem Zwecke wurden 9000 Fragezettel an einzelne Personen versandt. Nachdem in einem Antriebe die Bedeutung der Umfrage ausgedrückt worden war, wurden die Befragten aufgefordert, ihre Antwort auf einer Postkarte mit Vorname, ohne Angabe ihres Namens, nur durch Unterzeichnung gewisser Buchstaben, deren Bedeutung lediglich dem Komitee bekannt war, an dieses gelangen zu lassen. Sechs Studenten der technischen Hochschule in Berlin, die sich unter den Befragten befanden, nahmen daran „Bergens“ und erstatteten Anzeige. Die Umfrage war insofern von Erfolg, als das Komitee auf Grund der Antworten den Schluß glaubte ziehen zu dürfen, daß etwa zwei Prozent aller Deutschen homosexuell veranlagt sei. Das würde für Deutschland die ungeheure Ziffer von etwa 1250000 Personen ergeben.

Die Anklage war gegen Dr. Hirschfeld gerichtet und lautete auf Verleumdung und auf Verbreitung unsüchtiger Schriften. Zwei der sechs Studenten hatten den Strafantrag zurückgezogen, vier hielten ihn aufrecht. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Als Sachverständige waren geladen Geheimrat Sanitätsrat Dr. Rüster, Medizinalrat Dr. Lippmann und praktischer Arzt Dr. Metzger. Sie befanden sich einmündig, es habe sich bei der Umfrage um ein rein wissenschaftliches Unternehmen gehandelt, für das nur der Weg einer Enquete gangbar war. Weder von Verleumdung noch von Verbreitung unsüchtiger Schriften könne dabei die Rede sein.

Staatsanwalt Hellwig veranlaßte nicht den sittlichen Ernst, der zweifellos bei den Angeklagten vorliege, aber es liege doch eine Verleumdung und die Verbreitung unsüchtiger Schriften vor; es sei auf 500 Mk. Geldstrafe zu erkennen. Die Verteidiger, Justizrat Bronner und Rechtsanwalt Wodgesner, beantragten Freisprechung. Sie hätten es anfänglich für unmöglich gehalten, daß wegen der Umfrage Anklage erhoben werden könne; denn es handle sich nicht um ein unethisches Werk, sondern um eine aus tiefem Verlangen unternehmene, mit sitt-

licher Strenge durchgeführte Arbeit. Der Angeklagte führte aus, erst dieser Tage wieder habe sich ein Student der technischen Hochschule vergiftet, weil er homosexuell veranlagt sei, ein anderer Student habe sich aus gleichem Anlasse durch die Brust geschossen. Die Umfrage solle die Menschheit von einem Mafel befreien helfen, an den sie mit tiefster Beschämung zurückdenken werde.

Die Beratung des Gerichtshofes dauerte lange Zeit. Das Urteil lautete auf 200 M. Geldstrafe. In der Begründung führte Vorkammerdirektor Doppermann aus, der wissenschaftliche Zweck des Ausdrückens sei fest, es sei aus unter diesen Umständen die Anwendung des Begriffs „unsüchtige Schrift“ ausgeschlossen, allein objektiv ehrenkränkend sei es, wenn der Angeklagte von Leuten, die er nicht kenne und von deren sittlichen Anschauungen er nichts wisse, Auskunft über ihre geschlechtlichen Neigungen verlange und eventuell das Bekenntnis wolle, daß sie etwas tun, was unethisch, unflüchtig und zur Zeit noch strafbar sei. Durch den wissenschaftlichen Charakter der Umfrage werde ihre objektiv ehrenkränkende Charakter nicht beeinträchtigt, denn die Wissenschaft habe auch die Verpflichtung, vor dem Geiste Halt zu machen. Der Antrag des § 193, Wagnahme berechtigter Interessen, sei dem Angeklagten nicht zugubillig, da dieser Strafmaßstab hier überhaupt nicht Anwendung finden könne. Das wissenschaftliche Interesse sei nicht höher als die Achtung vor der Person. Sei die Umfrage nicht strafbar, so seien solche Fragen auch an Wächterposten erlaubt, oder jemand würde bestraft sein, einen ihm Unbekannten auf der Straße anzusprechen und eine derartige Frage in drastischer Form an ihn zu richten. Ein solcher Rechtszustand sei unhaltbar. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte aus edlen und anerkanntwerten Motiven gehandelt hat und inregends mehrere Geschlechtsverbrechen begangen hat, mit Rücksicht andererseits darauf, daß durch derartige Mittel, selbst wenn sie in den Dienst der Wissenschaft gestellt werden, jungen Leuten das leicht fittliche Schand anzugelassen werden kann, hat der Gerichtshof den Angeklagten zu 200 M. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

Dieses Urteil und seine Begründung wird länger in der Erinnerung bleiben als die Namen der erkennenden Richter. Was nicht die Anerkennung des rein wissenschaftlichen Zweckes, der edlen Motive, wenn trotzdem das Schuldig ausgesprochen wird? Wenn wir der Begründung mit unserem Laienverstand folgen können, so würden wir zu einem anderen Ergebnisse gelangt sein als die Richter. Wir würden den Angeklagten wegen Verbreitung unsüchtiger Schriften verurteilt haben, nicht wegen Verleumdung. Unsere Zeit ist jedoch glücklicherweise weit gekommen, daß der Jurist den Laien nicht verblende und umgekehrt. Nur zu bekräftigt ist die vom Vorkamern an den Bericht gefasste Bemerkung: „Nach dieser Begründung erachtet man auch für den feineren Geist Gallie geäußerten Anknüpfungsbegriff eines „Verleumdung“. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, daß die Richter Gallie überhaupt kein Recht der Wissenschaft anerkannten, daß ihnen die Lehre Gallie feierhaft erwidern möchte, weil sie der allein gültigen Lehre in der Bibel über-

7) (Nachdruck verboten.)

## Der Liebesgockel.

Ein kollektiver Studentenroman von W. H. Gutekunst.

Franz Kaver, der ja so wenig gewandt war, ähnelte zu Weilen, fühlte sich höchst geschmeichelt in dieser Rolle, und es gefiel ihm wohl, hier eingeschüzt zu sein. Er beobachtete meist mit der hier allem abgeben wurde, und über die elegante Lebensfreude, mit der man alles entgegennahm.

Dennoch konnte er gleich von Anfang an eine gewisse Bitterkeit nicht abwehren, die ihm hart und fast neidlich empfunden ließ, daß hier wohl kein Verkehr nicht zu suchen sein dürfte, daß seine färglichen Mittel ihm andere Wege beschießen müßten.

Es war ein überaus un-ruher Kreis, in den ihn Götter eingeschüzt hatte, und in lebhaften, oft von lautem Lachen durchschüttelten Ergänzungen berichteten die einzelnen ihre Erlebnisse von der verlorenen Nacht, und die kleinste Wichtigkeit, die einer in trübenner Bewußtlosigkeit ansetzte, gab Gelegenheit zu ausgelassenen freudigen Erörterungen.

Wie mußten diese Leute lustig leben, und wo blieb da Zeit zum Studium, Franz Kaver konnte nur zusehen; so flotte Dinge hatte er noch niemals erlebt.

Allmählich verlor sich die Gäfte, und die beiden Schulfreunde wollten, anstatt sich den übrigen auf ihrem Gang zum Gate Ott anzuschließen, wieder ihre lödungsstürische aufnehmen.

Sine von dem Mittagsgaste, der davon hörte, schlug sich zu ihnen, um ihnen eine Brotmischung, die er in allem für bestend hielt, von einer geradezu berühmten Brauereiwirtin, einen wahren Gemütsmenschen, wie er behauptete, vorzuführen.

Albert, der wohl ihn seine Freunde wegen seiner Bitterkeit und breiten Ausdrücke nannten, Alwart, war es das Handwort seines Vaters zu erkennen befohlen und zwar ganz freiwillig, denn seine Eltern hatten's nicht einmal recht gerne gesehen, zumal sie weder in seiner Fradigkeit noch in seiner

Zugend auch nur einen Funken von Befähigung dazu hatten entdecken konnte.

Sein Vater war gestorben und hatte ihm ein schönes Vermögen hinterlassen. So subidierte dem Alwart jahraus, jahrein nach jeder Weise.

Obgleich er über die Dreißig schon weit hinaus war, hätte man ihn für noch älter halten können, denn sein lahes Verhalten, wie hielten ihn auf, und man fürchtete noch vor sein Saarwürde. Seine Jage war ein komisches Gemisch aus der Unfertigkeit des Jünglings und der Abgestandenheit des Greises, und nur seine kleinen, überaus klugen, fast genial blinzeln Augen vermochten einen Fremden sofort zu fesseln.

Der stumpfsinnige Kern, wenn er nicht wollte, und das war fast stets der Fall, wenn er noch mähten sah, wurde er von einer Feuerzunge von Witz und Geißel, wenn die altschöne Erregung ihren Höhepunkt erreichte; dann fiel er leicht fast ebenso pöhlisch, als ob er alles verstanden hätte, was in seinen redend Annern brodelte, in vollständiger Apathie in sich zusammen.

Er trant unheimliche Quantitäten, war überall dabei, wo etwas los war, konnte ganze Gesellschaften unterhalten, lebermann seinen Willen aufzugeben, und man behauptete, daß er namentlich sentimentale Natur ganz in seinem Sinne war, und vermochte, und vor allem Frauen, trotz seiner ungewöhnlichen Häßlichkeit, polträndig willens zu machen verliebe.

Verhaft plaudernd gingen die drei die Steintrabe hinauf, über die Promenade hinweg, den Universitätskaminen zu. Noch bevor sie so weit gekommen waren, machte Alwart an einer Ecke Halt, vier oben wohnte die beste Wittin von Halle, Zante wunden genannt.

Mit der Fradigkeit, die ein reichlich genossenes Mittagmahl güt, beschloßen sie hinaufzugehen.

Es war ein großes Saal mit vielen Vorderzimmern und noch mehr Fenstern, wie geschaffen, um ein bessere Studenten aufzunehmen zu werden.

Ein Wader, ein Strampfwarenreichthum und eine Destillation erfüllten das Gemach und ließen Platz und Eingang zu allen Zeiten so belebt erscheinen, daß man stets ungeniert und unbeachtet ein und aus gehen konnte.

Im Zuschauersaal aber war ein von jenen Kandidaten-Cafes untergeschlüpft, die möglichst viele kleine Zimmer zu

haben wünschten, um sie an sehnstliche Bischen oder an stürzungsfürchtende Spielratten abgeben zu können.

Im Hauptgelaß aber schwaung Witzchen mit dem Königsstolz einer echten Studentennutter ihren unruhigen Wesen und berichtigte, so weit der Platz reichte.

Als die drei Herren vor der vierteiligen Gastüre standen, um sich nach dem Zerrspiegelchen noch etwas zu veräußern, so konnten sie deutlich und vernehmlich einen heftigen Lärm im Innern der Wohnung hören.

Franz Kaver sah seine Begleiter zweifeln an. Aber Alwart meinte lächelnd, daß so was wohl mal vorkomme, wenn teurer von den Zimmerherren zu Hause sei, daß aber der letzte Witz genüge, um stets absolute Ruhe wieder herzustellen.

Indes wurden rasch hintereinander einige Türen zornig aufgerissen und ebenso heftig wieder zugeworfen, und pulsierende Schläge ließen einen Zweifel, daß hier ein Strafgericht auf irgend welche ungeschickten Studenten erichtet wurde.

Darüberhin schmetterte die laut schreiende Stimme eines kräftigen Weibes und ließ klar erkennen, daß Sand und Stimme sehr wohl bewußt waren, ihrem Zweck und ihrer Bestimmung gewachsen zu sein.

„So ein mieterbüßiges Frauenzimmer“, konnte man gar deutlich vernehmen, und nur einige flüchtige Unterredungen verhielten ganz wenige Alwart, den Mannschaften nachzulaufen, so, das kannst, Du Jottel, aber den Treck unten Welt und Kästen vorziehen, jawohl! Was hast Du bei den Zimmerherren zu suchen? und neue wichtige Liebe liegen in ihrer hümpferten Zornart vermuten, daß diesmal Alwart aber gar Heißer die Empfänger waren, ohne freilich die Annahme verworren zu lassen.

„Sa lauf nur, Du feines Geißel“, hörte man nun den Disturs auf dem Vorlauf weiterpfeifen, da ankündend die damit Bedachte die Flucht ergriffen, wußt schon leben, wohin Du kommst, wenn Du so weiter machst, überliches Geißel! Wirt noch keine fünfzehn Jahre alt sein und ein Kind haben, die feine Kratze! Aber gelangst das? Ich's zu und gewarnt hast ich Dich auch, und kommst gewiß nicht sagen, daß ich Dir ein solches Weipiel gebe!“

Und ein Velen flog manden Meter durch den Flur und prallte an dem türrenden Scheiden ab.

Wohl. Dagegen erkennen die Richter in Berlin die Billigkeit an; sie geben auch zu, daß nicht gebräut werden müsse in das Problem der Komplexität; aber sie betonen, daß der das Recht zu bringen liegt.

Trotzdem wird der Kampf gegen den § 175 natürlich fortgesetzt, bis der Paragraph gefallen sein wird, wie er schon in mehreren außerordentlichen Fällen geschehen ist, ohne daß die öffentliche Meinung darunter gelitten hätte. Das bedeutende und die Autorität der Richter wie des Gesetzes schützende Moment an dem ganzen Prozesse ist, daß wieder ein Urteil gefällt worden ist, das dem Rechtsempfinden aller Aufgestellten freundschaftlich gegenübersteht. Die Autorität des Gesetzes wird durch nichts mehr untergraben, als durch das Gesetz selbst, und der Autorität der Richter schadet nichts mehr, als Urteile, die von einer Mehrheit des Volkes und wahrlich nicht von den schlechtesten Individuen, einfach nicht verstanden werden.

Über dem Gesetz steht die Vernunft, dessen Ausdruck das Gesetz eigentlich sein sollte.

### Tagesgeschichte.

Salz a. S., 9. Mai 1904.

#### Aus dem Reichstage.

Gott sei Dank! Der Reichstagspräsident Herr v. Stengel kann im Werte bleiben. Er hatte gebräut, seinen Absicht zu nehmen, wenn die „kleine Finanzreform“, die am Sonnabend im Reichstag beraten wurde, nicht die Zustimmung der Mehrheit fände. So handelt sich bei dieser Finanzreform um folgendes: Nach der Frankfurter Reichstags-Session Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern nur bis zu der bestimmten Höhe von 130 Millionen in die Reichskasse. Der Rest wird den Provinzen überlassen. Andererseits tragen die Einzelstaaten durch Matrulkalbeiträge zu den Zöllen das Reich bei. Nach der kleinen Finanzreform, an die der Reichstagspräsident Herr v. Stengel, soll die Summe der Ueberweisungen sowohl von der Matrulkalbeiträge herabgesetzt, Ueberläufe des Reiches nicht mehr den Einzelstaaten überwiegen sondern zur Deckung der Reichsausgaben verwendet werden. Von unserer Seite übte Genosse Südekum scharfe Kritik sowohl an den Grundzügen wie an Einzelheiten der Vorlage. Wir vernehmen die Gefahren nicht, die sich für die Reichskasse daraus ergeben, daß sie auf schmalen Einnahmen wie die Zölle angewiesen ist. Aber wir wollen nur eine wirkliche Finanzreform, deren Grundzüge die Entlastung direkter Reichssteuern ist, nur solche reformatorische Maßnahmen wie die kleine Finanzreform bringt, sind wir hingegen nicht zu haben. Denn wie ist es die kleinen Reformen, bringt auch die eine große Gefahr in sich. Sie schwächt das Verantwortlichkeitsgefühl der Einzelstaaten, die nicht mehr in gleichem Maße von der Erhöhung der Matrulkalbeiträge bedroht sind wie bisher.

Sie schwächt auch das Einnahme-Bemittlungsrecht des Reichstags, das um so härter ist, je höher die Summen sind, die er im Falle eines Konflikts der Regierung verweigern kann. Welche Folgen sind um so bedenklicher, als wir in einer Zeit persönlicher Regiments leben, das die Stellung des Reichstags auf schwache Beine stellt. Sind doch erst kürzlich in Bezug auf die Reichstagsmitglieder von bestimmter Seite wenig schmeichelehafte Ausdrücke gefallen, die den Reichstag in seiner Würde erheblich anstießen. Dabei ist die falsche Annahme des Reiches, daß die Zustimmung einer verfassungsmäßigen Reichskasse geführt hat, nur den Folgen dieser persönlichen Politik zuzuschreiben.

Trotzdem die bürgerlichen Parteien diese Argumente auch nicht im mindesten zu erschüttern vermochten, stimmten sie der Vorlage zu. Außer der Freiwirtschaftspartei, für die der Abg. Richter nach langem Schweigen eine kurze Rede hielt, waren nur wir die Vertreter des verfassungsmäßigen Budgetrechts des Reichstags.

In einer Resolution, die zu diesem Gesetze angenommen wurde, war der scharfe Wunsch ausgedrückt, die Verträge, die am Sonnabend zum Beitritt, die für jeden Volksteil demokratisierten Spruch 3-4 III. aus der Staatsliste erhalten. Die Rechte kämpfte immerwährend für diese Verträge, deren Vorhandensein sie bisher immer bestritten hatte, und Herr v. Kardorff erklärte es geradezu für eine Pflichtenpflicht der Volkvertretung, seinen Standesgenossen die Staatspassive zu erhalten. Genosse Wurm feinsinnig die Verantwortlichkeit unserer Geistes und Völker gebührend. Mit dieser Resolution

wurde die Finanzreform angenommen, und Herr v. Stengel kann nun beruhigt im Amte bleiben.

#### Preussischer Landtag.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend eine Interpellation über die Angelegenheiten der Provinzialverwaltung, welche die Verwaltung gemeindefreier Jagdbezirke, die bisher nur provisorisch geregelt ist, Landesgesetzlich zu regeln bestimmt ist. Die Interpellation lautete: „Die Provinzialverwaltung hat in der Frage, wie der Provinzialverwaltung der Provinz Brandenburg, der auf der Spitze der Verwaltung gemeindefreier Jagdbezirke liegt, aus der Mitte der Interessierten entnommen werden soll. Die Vorlage hat diesen Wunsch nicht entgegen, sondern den Gegenwärtigen als „unzulänglich“ bezeichnet. Der Interpellator Herr Schulz v. Belium machte der Regierung und speziell dem Landtagspräsidenten Herr v. Stengel über diese Nichtachtung der Wünsche des Hauses, und Herr v. Stengel ging womöglich noch härter gegen Herrn v. Stengel vor, obwohl dieser erklärt hatte, daß Resolutionen des Hauses für die Regierung doch nur Anregungen seien. Demnach, die Regierung aber sich das Recht selbständiger Prüfung der einschlägigen Verhältnisse vorbehalten. Von freiwirtschaftlicher und nationalliberaler Seite wurde die Vorlage freundschaftlich angesehen. Sie wurde nach längerer Beratung ebenso wie das bereits vom Herrenhaus angenommene Budgetgesetz einer Kommission von 21 Mitgliedern übergeben.

Ein Hauptteil der Sitzung wurde mit der Beratung der Vorlage über die Errichtung des Oberlandesgerichtsbezirks Rön durch Errichtung eines neuen Oberlandesgerichts in Düsseldorf ausgefüllt. Man kam aber mit der ersten Lesung nicht zu Ende. Die Diskussion wurde vielmehr abgebrochen und auf Montag vertagt. Der Justizminister hat, wie mit allen seinen Vorlagen in letzter Zeit, auch mit dieser Vorlage kein Glück. Derselbe Herr Schulz v. Belium, der Herr v. Stengel so heftig angegriffen hat, erklärte, daß die im Protokoll der Vorlage als Limbo abgelehnt. Der Schulz ist im Übrigen ein so solcher schon aus Verfassungskonflikten gegen die Vorlage, weil der neue Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf durch Abtrennung verschiedener Landesgerichtsbezirke von den Oberlandesgerichten Rön und Hamm gebildet werden soll. Eine lange Rede gegen die Vorlage hielt natürlich auch Herr v. Stengel, der die Errichtung des Oberlandesgerichts Rön nicht unumwunden begrüßt werden würde. — Montag stehen noch kleinere Vorlagen und die erste Lesung des Lotteriegesetzes auf der Tagesordnung.

#### Ein Klaven-Gesetz.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist der angeforderte Gegenentwurf betreffend die „Erziehung des Vertragsbruchs von landwirtschaftlichen Arbeitern und des Gehilfen“ zugegangen. Derselbe lautet: § 1: Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft: 1. wer Dienstboten (Gehilfen) aus landwirtschaftlichen Arbeitern, von denen er weiß oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem anderen Arbeitgeber oder landwirtschaftlichen Arbeiter oder zum Gemeinwohl noch verpflichtet sind, in Dienst nimmt.

2. wer in gewinnthätiger Absicht für die unter 1. bezeichneten Arbeitnehmer ein neues Dienstverhältnis vermittelt, obwohl er weiß oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem anderen Arbeitgeber aus landwirtschaftlichen Arbeitern oder zum Gemeinwohl noch verpflichtet sind.

3. wer die unter 1. bezeichneten Arbeitnehmer beurlaubt oder verlesen übernimmt, mit ausdrücklichem Dienst nicht auszuüben oder zu verlassen.

Im Falle der Riffer 1 tritt die Strafverfolgung nur auf Antrag des früheren Arbeitgebers ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

§ 2: Mit Geldstrafe von 2 bis 600 Mark und mit Haft wird bestraft, wer, nachdem er auf Grund des § 1 Riffer 2 oder 3 rechtskräftig verurteilt ist, inner halb der nächsten drei Jahre abermals eine nach diesen Vorschriften strafbare Handlung begeht. Eine nicht bezugsnehmende Geldstrafe ist in Kraft unanwendbar.

§ 3: Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft, wer die ihm obliegende Verpflichtung zu einer Ausstellung eines schriftlichen Zeugnisses bei Beendigung des Dienstverhältnisses eines Dienstboten oder landwirtschaftlichen Arbeiters in rechtskräftiger Absicht nicht erfüllt.

§ 4: Die Ortspolizeibehörde hat das einem landwirtschaftlichen

Arbeiter gemäß § 600 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgestellte Zeugnis auf Antrag sofort und kostenfrei zu begeben.

Konzentration des Zeitungs-Kapitalismus. Vor schon längerer Zeit ist die freiwirtschaftlich-demokratische Berliner Volkszeitung in den Besitz von Rudolf Wölfe übergegangen. Das Berliner Tageblatt teilt das jetzt offiziell mit. Die Redaktion wird beibehalten.

Damit vollzieht sich in der kapitalistischen Konzentration des bürgerlichen Meinungsorgans ein bemerkenswerter „Fortschritt“. Die Volkszeitung gehörte zu den wenigen bürgerlichen Organen die ihre Selbstständigkeit bewahrt hatten und eine ehrliche demokratische Meinung vertraten. Da dieser Charakter dem Blatt erhalten bleibt, nachdem es in den Händen der Wölfeischen Interaktionsfirma geraten ist, scheint einigermassen fraglich.

Gegenüber dem Ober-Allgemeinen Riesenpolen verhält sich nun Rudolf Wölfe als Monopolist. Wie lange wird es dauern und die beiden Polzen nach einander zu kommen, und ein Willkürherrschaft für bedrucktes Zeitungspapier verläuft östliche Meinung jeder Mäßigkeit und jeder Färbung, ist nicht leicht zu rekonstruieren. Der Profit wird der einzige Maßstab der Ueberzeugung.

Der Bornemann-Prozess, der bereits die ganze vorige Woche zur Verhandlung gelangt hat, hat bisher wenig Interessantes. Am Sonnabend traten aber einige Momente hervor, die Beachtung verdienen. In seinem Bemühen, den Zusammenbruch der Bornemannbank als Folge einer Kontraktverletzung hinzuzufügen, hatte der Angeklagte Schulz auch behauptet, daß die Ernennung der Bornemannbank zur Hofbank den Reich anderen Banken herausgefordert habe, und er schien dabei Lust zu verspüren, auf die Limitäre näher einzugehen, unter welchen die Verteilung dieser Ausgabe im Jahre 1900 erfolgte. Doch der Vorsitzende unterbrach ihn schnell mit den Worten: „Ja, Herr Schulz, Ihre Bank war zur Hofbank ernannt, wann war das? — Schulz: — Im Oktober 1900.“

Vorsitzender, was scharfe Bemerkung: „Sinnen Sie und hierher auch die Gründe legen? — Antwort: „Ich habe Sie nicht über Vult, um wenig — auf Grund seiner Erfahrung, die die Frage zu erörtern, wie man Hofbanker wird; dann aber besann er sich schnell und entgegnete kurzweg: „Nein!“, affirmiert von seinem Mitangeklagten, Herrn Nöcker, der rief, ohne gefragt worden zu sein, hineinwagt: „Die sind uns nicht bekannt.“ — Worauf der Vorsitzende befriedigt erklärte: „Aun, dann verlassen wir diesen Punkt.“

Auch die Aussagen des Prokuristen Herrn Sorwege waren recht interessant. Er erklärte, daß er seine Beläge über 89000 Mark gefunden hätte, die in zwei Jahren aus dem strengen Fonds ausgegeben worden seien, und weiter, daß, wenn der Ausschuss von diesem Fonds nichts gewußt haben sollte, er jedenfalls leicht in der Lage gewesen wäre, ihn zu entdecken.

Ein Massenprozeß gegen Soldatenführer. Der Frankfurter Zeitung wird aus Darmstadt berichtet:

Vor dem Divisionsgericht hatte sich in voriger Woche eine größere Zahl von ehemaligen und jetzigen Unteroffizieren der ersten Batterie des zweiten hessischen Feldartillerie-Regiments R., wegen fortgesetzter vorverurteiliger Behandlung, Mißhandlung und Verleumdung von Unteroffizieren zu verurteilen. Einige wurden außerdem noch Anklage einer Strafbesetzung, Unterlassung der ihnen obliegenden Anzeige strafbarer Handlungen und Anstiftung zur Mißhandlung Unteroffiziere zur Last gelegt. Die Verhandlungen nahmen zwei ganze Tage in Anspruch und wurden in „dienstlichem Interesse“ unter vollem Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Die Urteilsbegündung wurde ebenfalls in „dienstlichem Interesse“ nicht öffentlich verlesen. Die intimierten Straftaten datieren zum Teil schon vom Jahre 1900 ab. Die Anklage muß recht umfangreich gewesen sein, denn es waren etwa 70 Zeugen geladen. Das Urteil lautet gegen den Unteroffizier Guido Meyermeister auf 2 Monate Gefängnis und Degradation, gegen den Unteroffizier der Reserve Hugo Mattner auf 3 Monate Gefängnis und Degradation, gegen den Unteroffizier Jakob Frey auf 4 Monate Gefängnis. Alle drei wurden sofort in Haft genommen. Ferner erhielten der frühere Wizenandmeister Karl Schauf, der Oberfähnrichmeister Heinrich Klaus, der frühere Sergeant Reinhard Lumbach je 6 Wochen gelindere Arrest und der Sergeant Jakob Klapp 6 Wochen Unterarrest.

Als Schwefelkristalle. Gouverneur Leutwein meldete am Sonnabend: Nach Meldungen steht der Feind bei Dnjatu

Frau Faver wäre am liebsten schleunigst umgekehrt, aber Almart hielt ihn fest.

Mit Grazie wurde die Tür geöffnet, und eine nicht gar große, niedliche, durchwachsene Frau, Anfang der Dreißiger, fragte freundlich nach dem Begehren.

„Zwei ziemlich vollen und weichen Säge hatten etwas Angenehmes, und sie wäre, in besseren Verhältnissen, sicher unter die hübschen Mädchen gerechnet worden.“

Was ihrer äußeren, ließ sich jedoch Niemandem den vorausgesetzten Unmut leihen; sie war die Kluge und Freundlichkeit selbst.

„Guten Tag, Frau Almart“, sagte Almart etwas leichthin, „ist noch nicht eins von Ihren Zimmern frei? Der Gredner wünscht sich hier niederzulassen.“

„Gut“, erwiderte die Hausfrau, die lebhaft fragte und sie die Tür zu ihrem leeren Zimmer auf, das zwar an einen Doktor Scholz vermietet war, aber stets für sie als Bedienungsdienst diente, da der rechtliche Inhaber seine Wohnung niemals früher als zwei Stunden nach Mitternacht begann.

„Wollten die Herren so freundlich sein, einzutreten.“

Es war ein geräumiges und dabei behagliches Gemach, und es schien und sah nach einem Platz.

„Das weiß der liebe Himmel“, entgegnete Almart ganz unbedarft, und mit einer vollkommenen Passivität erzählte sie ihre ganzen Leiden nach. „Aber ich bin nicht allein, das über Ihren Herrn, die ihre junge Schwägerin als Mittel als Dienstmädchen ins Haus genommen. Das überließ jede Beschreibung.“

Das Frauenzimmer, noch fast ein Kind, war schon regelrecht mannstoll, und dabei verabschiedete sie die Dicken auch noch und die dreizehnjährige Pensionärin erst recht.

Es war zu toll, leichtsinnig in der Arbeit und leichtsinnig im Vergnügen.

Und wie die niedliche Frau zu da, in einem hellen einfachen Kleid, halb Morgenrock, halb Kostüm, und ihre roten, von Unmut und heftiger Entrüstung glühenden Wangen ins Zimmer traten, war sie wirklich zum Ansehen, jeder wie ein jastiger Brocken Apfel.

Während die beiden sich lebhaft unterhielten, ohne auf den Zweck ihres Kommens zu gelangen, und Almart in tiefem Ernst ihre hässlichen Töchter in der dunklen Ecke des Zimmers. Ihre Vater hatte sie nie geliebt, da er frühzeitig unter

stauchlicher Aussicht sich das Trinken abgemessen mußte; und als seine Frau schon im siebenten Jahre Witwe war, schenkte sie ihm noch ein posthumes Erbe, eben das bei Frau Wirschen in Zucht, Unstand und Stellung befindliche Dienstmädchen.

Wirschen selbst war ebenfalls nicht Mädchen gewesen und zwar rein für eine alte, alte, alte, alte, alte, alte, alte, alte, aber es gelang ihr doch, ihre Jugend so lange zu wahren, bis sie ihren Arztem lernen und lernen lernte. Dann hatten sie sich auf einen Schützling so heftig verliebt, daß sie es für getan fand, Weib, Ehelich und Ehelich, die sie von einer uralten Zeit geerbt, in einem baldigen Ehestand zu erlangen, um ventilierten ihnen erwarteten Ehelich noch einige Monate freudlicher und kinderamtlicher Verehrung zu retten.

In der Ehe war's ihr aber nicht sonderlich glücklich. Was er vorher gewesen, wurde ihr Almart auch trotz aller Verheißungen bald wieder nach der Heirat, ein Lump und Trinker.

Er war schlaff, das heißt, er hatte zu seiner Arbeit Lust und freudete mit einer paar sogenannten Schlingen auf den Boden zum Zange auf und kam dann erst morgens und total betrunken nach Hause; und da er dabei oft genug in Schlägereien verfiel und noch öfter polsteren Anteil zu nehmen gewöhnt war, fing er bald an, unter dem Vorworge eifersüchtiger Anwendungen seine junge Frau als Verwundungsobjekt fortzuführen oder künftig zu erwartender Schlägereien zu beordern.

Als man ihm diese Behandlung mehr anerkant, probierte er seine Kunst in jenen zweifelhafte Kneipen, wo er nach jedem Stück mit ungelächertem Alkoholismus von Tisch zu Tisch ging, die Früchte seiner Lust, angebeiterter Gäste in Empfang zu nehmen.

So war er all dem leichthinigen Volk als Vater Almart wohl bekannt und bot seine graubraunen Haare gegen die Ausgefallenheit und rohen Spottlicht eines zahlungsfähigen Publikums preis.

Und seine Frau vermietete Zimmer an Studenten und versuchte rechtlich, die Wohnungen fürs Mobiliar einzuhalten.

Auch jetzt fragte sie noch über ihre unglückliche Ehe und machte dabei ein so frohliches Kindergeicht, als ob sie von Einpöckeln der Todliche spräche.

„Ach Gott, ich die liebste!“, rief Almart weiter, „wenn er wenigstens so viel Ehr' im Weibe hätte, daß er's Haus rein halten wollte und auf Unstand hätte. Aber nicht mal vor seinem Kind schämt er sich und bringt seine Frauenzimmer mit her bis in meine Wohnung. Und ich müßte doch so gen und so gen, wie ich in der Unstand ergeht.“

„Dabei mußte sie in halben Räthen eine leichte Ernte verdienen.“



**Wien** wird als Oststadt bezeichnet. Die Volkswagen im Distrikt Cobols sind durch eine stehende Kolonne unter Oberleutnant Binkler von der Kolonne Glatenapp vertheidigt. Eine ähnliche, nur ausführlichere Meldung erhielt nördlich wieder die Firma Scherl aus Wienstadt.

In der Nacht zum 6. Mai hat im Hauptquartier eine Meldung des Major v. Witzel ein, aus der hervorgeht, daß seine Abteilung anheimelnd nördlich von Rastbach steht; die Ortsangabe war in dem über Döblich herangekommenen Telegramm nicht enthalten. Nach Aussagen von Ueberleitern sowie nach persönlich beobachteten Standorten glaubt Major v. Witzel, daß der Feind die Gegend von Sionau möglichst weitlich harrt. Der Major beschließt daher zunächst, einer sorgfältigeren Aufklärung des Distrikts vorzugehen; seine weiteren Maßnahmen werden von dem Ergebnis dieser Erkundung abhängen. Da die Hauptstellung des Major v. Glatenapp noch völlig unklar ist, bleibt die einflussreiche Stellung in Luganitz bei Döblich. Die Hauptabteilung unter Oberst Westwien dürfte vorwiegend Ende Mai marschbereit sein.

Große Kräfte sind danach in den nächsten drei Wochen nicht zu erwarten. Witzel wird sich auf Beobachtern verlassen, da die Hauptkolonne Westwien erst Ende Mai marschfertig sein wird. Unter Glatenapps Abteilung wütet aber noch immer der Typhus!

### Inseln.

**Oesterreich.** Die Gemeinderatswahlen in Wien haben folgendes Endergebnis gehabt: 136 Christlichsoziale, 20 Fortschrittliche und zwei Sozialdemokraten.

**Frankreich.** Welternde Schiffsjungen. Eine Weinstreife entfiel an Bord des Schiffschiffes Bretagne. Die Schiffsjungen wollten sich wegen angeblich unzureichender Entlohnung an ihren Instrukteuren rächen und griffen sie tödlich an. Verschiedene Verlesungen wurden verurteilt.

**Belgien.** Aufreizung der Armeesoldaten. Wir stellen kürzlich mit, daß die Anklage gegen den Vorstand der „Jungen Sozialistischen Garde“ zu Brüssel, welchem Aufreizung zu Verbrechen, Verleumdung der Armeesoldaten, vorgeworfen war, zurückgegangen ist. Das Vergehen sollte begangen sein durch Ausrufe an die jungen Soldaten und Rekruten, die der Vorstand an den Mauern von Brüssel plakatiert hatte. Der Ausruf wird jetzt in seinem Wortlaut im Popule veröffentlicht; derselbe ist bezeichnend für die Auffassung, die man in demokratischen Ländern über das Recht der freien Meinungsäußerung hat, weshalb wir ihn hier folgen lassen:

„Du Sohn des Arbeiters, wenn Du bei dieser Lotterie um Menschenfleisch eine schlechte Nummer ziehst, so wirst Du bald Deine Arbeit, Deine Eltern, Deine Verlobte verlassen müssen, um die schönsten Jahre Deines Lebens in der Kaserne, der Schule des Vertriebenen, der Ausschweifung und der Faulheit, zuzubringen.“

Für 15 Balloten a 100 Franc kann sich der Sohn des Reichthums von dem, was er eine heilige Pflicht nennt, befreien. (Der Postlauf vom Militär kostet in Belgien 1600 Franc.) er kann dann das Geld seines Vaters für sein Vergnügen, je nach seinem Alter und seinem Rang ausgeben, währenddem die Kaserne aus Dir einen Verteidiger seines Eigentums, seiner Privatliebe macht.

Verteidiger des Vaterlandes! Du mußt auf Befehl Männer töten, plündern, die Du nicht kennst und die Dir niemals etwas Böses getan, desgleichen Arbeiter, welche die besten Aufzeichnungen und die besten Intelligenzen haben als Du; Dein Gut und Dein Blut gibst Du für unglückselige Kriege hin, die Du niemals gewollt und die nur dem Kapitalisten Vorteile bringen.

Verteidiger der Ordnung! Du dienst als ein getreuer Wächter der bürgerlichen Regierung, den Unternehmern, welche dich durch Deine Arbeit bereichern; wenn die Unbillbarkeit der Kapitalisten die Arbeiter in den Streit treibt, oder zur Revolte, kommmandiert man Dich, auf sie zu schießen, auf die Brüder Deiner Mittere.

Behende alle diese Aufgaben, bleibe immer ein Proletarier, würdig Deiner Klasse, bemüht seiner Interessen, seiner Rechte und seiner Pflichten; lege all Deine Intelligenz, Deinen Willen und Deine Kräfte in den Dienst Deiner eigenen Klasse und die sie als sozialistische Proletariat aller Länder.

Wieder dem Militarismus!  
Noch dem Sozialismus!  
Der Gerichtshof lehnte den Antrag des Staatsanwalts auf

Verfolgung der Verfasser und Verbreiter dieses Ausrufs ab; er fand keinen Grund, gegen dieselben vorzugehen, es sei das Recht der Bürger, ihre Meinung über die Institution und Einrichtungen des Staates frei zu äußern.

Was würde man in Deutschland mit diesen Uebelthätern wohl anstellen?

**Italien.** Die Affäre Rast. Nachdem die Deputiertenkammer den Antrag auf sofortige Verhaftung Rasts angenommen hatte, wurde eine Ausladung in der Wohnung des Ermittlers vorgenommen, deren Resultat bisher nicht bekannt ist. Der Kommandant erhielt von Rast einen Brief, worin er die Gründe seiner Flucht angibt. Infolge der ungünstigen Wendung, welche die Affäre Rast genommen hat, haben sämtliche Kreaturen Rasts in seiner Heimatstadt Trapani, vom Bürgermeister angefangen, ihre Ämter niedergelegt.

**Spanien.** Der Sozialismus unter den Landarbeitern. Seit einem Jahre ist, wie der Sozialist berichtet, die Zahl der von Landarbeitern gebildeten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen ganz erheblich gewachsen. In Andalusien, in Extremadura, in beiden Kastilien und ganz besonders in den Provinzen Valladolid, Zamora, Leon und Valencia haben die Landarbeiter-Organisationen den größten Aufschwung genommen. In ihren Oberhäuptern, sei es Monarchist oder Republikaner, Karlist oder Konvertirter, Liberaler, Demokrat oder Radikaler, sehen die Landarbeiter vor allen Dingen nur den Bourgeois und ihren Ausbeuter; immer mehr ringt sich bei ihnen die Erkenntnis durch, daß alle anderen Parteien Verteidiger des kapitalistischen Systems sind und daß sie in den Reihen der Partei kämpfen müssen, welche allen bürgerlichen Parteien gegenübersteht, nämlich in der sozialistischen Arbeiterpartei. Die politische noch vollkommen unberührten Elemente der Landarbeiter sind viel leichter zur sozialistischen Auffassung und Politik zu erziehen, als die industriellen Arbeiter der spanischen Städte, die vielfach noch in der anarchojischen Denkweise befangen sind.

**Dänemark.** Die kommunale Wahlreform gehört bekanntlich zu denjenigen Gesetzesvorlagen, die dem Volke sehr wichtig sind, aber der Regierung und den ihr ergebenen Parteien nicht als dringlich erscheinen. Der zur Prüfung der Vorlage am 14. Januar einsetzende parlamentarische Ausschuss hat jetzt einen gedruckten Bericht über seine bisherige Tätigkeit herausgegeben. Die bestand im wesentlichen in einer Anfrage an die Regierung über die infolge der Reform zu erwartende Vermehrung der Wählerzahl. Das Ministerium des Innern hat darauf folgende Aufklärung gegeben: Jetzt beträgt die Zahl der kommunalwähler Dänemarks 401.000, durch die Regierungsvorlage würde sie auf 464.000 steigen, einschließlich 54.000 weiblicher Wähler. Rechnet man aber mit dem vom Vorschlag angenommenen Abschmelzungsvorschlag, wonach auch neuerebende Dienstboten, sowie die Frauen, deren Männer Gemeinbediensteten zählen, wahlberechtigt sein sollen, so läßt sich die Vermehrung der Wählerzahl nicht genau angeben; die Gesamtzahl der Kommunalwähler wird danach jedoch geschätzt auf 420.000 Männer und 379.000 Frauen. Im ganzen beträgt in Dänemark die Zahl der über 25 Jahre alten Männer 518.076, Frauen 617.887.

Der Ausschuss hat sich außerdem über den bei den Kommunalwahlen in Norwegen gebräuchlichen Wahlmodus, sowie über den für die Reform des Kammerwahlrechts in Schweden vorgeschlagenen Wahlmodus Aufklärung geben lassen. Zu weiteren Daten hat der Ausschuss keine Zeit mehr gefunden.

**Italien.** Die Hof- und Stadtgericht zu Kopenhagen hat ein Urteil gefällt, das, wenn es vom höchsten Gericht bestätigt wird und Nachahmung findet, es den Arbeitgebern möglich machen würde, wegen einer einfachen Warnung vor Zugriff der Klassen der Gewerkschaften auszufällen. Das Gericht verurteilte nämlich den Tischler- und Schuhmachers-

verein sowie den Rosenmacher-Verein und dessen Vorstände den D. M. Jensen, dem Tischlermeister B. Andersen tausend Kronen Schadenersatz zu zahlen, weil die beiden Organisationen im Jahre 1900 während eines Ausfalls bei dem Tischlermeister mehrere Mal in Social-Demokraten Kreise einzulassen hatten, worin auf die Forderungen aufmerksam gemacht und der Auszug gemacht wurde. Die Kreise waren in der für diese Fälle allgemein üblichen und durchaus legitimen Form gehalten, weil sie tatsächlich bei bezüglichen Anlässen, in Arbeitserklärungen erschienen. Würden die Arbeitgeber und die Gerichte mit bezüglichen Anklagen und Urteilen fortführen, so könnten den Gewerkschaften viele hunderttausend Kronen abgenommen werden und mancher Arbeitergehörte könnte sich eine schöne Summe Geldes „verdienen“. — Social-Demokraten erklärt, daß er nicht glauben könne, daß das höchste Gericht, das sich sicherlich auch noch mit dieser Sache zu befassen haben werde, das Urteil des Hof- und Stadtgerichts bestätigen werde. Es wäre auch wunderbar, wenn den Unternehmern das Recht zugestanden werden sollte, sich in dieser Weise der Reiben der Gewerkschaften zu bemächtigen.

**Russland.** Ueber die neuen Ereignisse gegen die Juden in der befestigten Stadt Bender, drei Stunden von Kischinew, werden dem Jiddischen Zettelblatt in Petersburg folgende Einzelheiten gemeldet. Demnach geschahen am Samstag den acht Tagen in Bender, während die Juden in der Synagoga waren, 20 Koppen die Fenster in der von den Juden bewohnten Nebensynagoga, schrien nach Blut, weil die Juden am Kriege schuld seien, und drangen in ein Haus, wo sie zwei Männer und ein Mädchen töteten. Dann warfen sie in der Wohnung des Wölbhändlers Rosenfeld dessen Frau, welche im Wochenbett lag, zum Fenster hinaus und schlugen ihr auf der Straße den Schädel mit einer Kanne ein. Als nach einigen Stunden Kisten erdienten, war der Mord so wild, daß es sich nicht auseinander trennen ließ. Der Kommandant telegraphierte nach Kischinew um Ordeis, worauf der Gouverneur zurücktelegraphierte: „Schließen!“ Die Drohung, es würde geschloffen werden, wirkte.

**Argentinien.** Die erste sozialistische Abgeordnete in Argentinien. In die geistigste Bewegung der argentinischen Republik ist bei den letzten Wahlen, die am 13. März stattfanden, der erste sozialistische Abgeordnete eingezogen. Das in Argentinien bestehende Wahlgesetz war demnach realitoner, als die Arbeiterklasse zum größten Teil von der Wahl ausgeschlossen blieb. Was das rufständige Gesetz (offene Stimmenabgabe usw.) nicht tat, wurde durch Korruption und die Gewalt erreicht; der Stimmenaufwurf wurde ganz offen betrieben, die als oppositionelle Wähler Bekannten wurden gar nicht bis zur Urne herangeführt, sondern die Wahl wurde möglichst schnell vorgenommen und dann für geschlossen erklärt, so daß immer der der Regierungspartei genehme Kandidat durchkam. Im übrigen gab es keine Wahl ohne Mißvergehen. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Parteibeteiligung stets eine sehr geringe war, in vielen Fällen betrafften sie nur 20 Prozent der Wähler an der Zahl. Unter diesen Umständen hatten es auch die Anarchisten sehr leicht, Anhänger zu finden und der Bevölkerung die Unterscheidung am politischen, besonders am parlamentarischen Leben zu verfehlen. Die Sozialisten hatten daher eine schwierige Arbeit, die große Zahl der ausländischen Arbeiter (Spanier, Italiener, Franzosen, Deutsche) zu veranlassen, sich zu nationalisieren. Als dies mehr oder weniger gelungen, ging man daran, gegen das unerkündete Wahlgesetz Sturm zu laufen und es gelang, die Herrschenden zu einigen kleinen Verbesserungen zu zwingen. Am 13. März wurde zum ersten Male unter dem neuen Wahlgesetz gewählt; Die Sozialisten stellten 10 Kandidaten auf, die alle erhebliche Stimmengahlen auf sich vereinigten. Einer von ihnen, der junge Adolfo Iffeso de Valaces, wurde von den Sozialisten und Toden von Boca ins Parlament gewählt. In zwei Jahren ist wieder Wahl und die Sozialisten haben alle Ursache, zu hoffen, daß sie bei dieser weiteren Fortschritte machen werden. Mit dem Eintritt der Sozialdemokraten ins Parlament dürfte der Anfang gegeben sein, für eine Befreiung der unglücklich traurigen politischen und sozialen Zustände dieser südamerikanischen Republik.

**Wien.** Ein neues Gericht in Tibet. Amtlich wird bestätigt, daß 700 Libetaner von Sibirien unter dem Kommando eines Vlassa-General am 5. Mai Sponagite angriffen. Der Angriff wurde zurückgeschlagen; die Libetaner verloren 250 Mann an Toten und Verwundeten. Der englische Verlust betrug 2 Mann.

Wir bitten unser

# Ausnahme-Angebot

Mittwoch den 11. d. Mts.

zu beachten.

# Brummer & Benjamin

Halle a. S., Grosse Ulrichstrasse 22/23.

**Der Krieg in Ostasien.**

Es liegt jetzt ein amtlicher Bericht vor, den Admiral Togo über die japanischen Operationen, die zur Sperrung des Hafens von Port Arthur geführt haben, erstattet hat. Danach unternahm die Behörde- und Torpedo-Flotte mit acht Dampfern am 11. bis 5. Mai den Versuch, Port Arthur zu blockieren. Ein wichtiger Hindernis war die Operationen. Der Befehl des Kommandeurs, sie einzustellen, erreichte das Geschwader nicht. Die acht Dampfer gingen trotz des feindlichen Feuers mit Holzdampf auf die Hafenmündung. Fünf erreichten sie; zwei davon durchdrangen den Sperrebaum und gelangten weiter hinein. Der Eingang wird für weizum verperrt gehalten, wenigstens für Sechschiffen und Kreuzer. Drei Schiffe wurden vor der Mündung in den Grund gebohrt. Die Flotte rettete die Hälfte der Mannschaften der verunfallten Schiffe. Der Kommandant von Port Arthur, General Stibbel, hat einen Tagesbefehl an die Garnison erlassen, der große Kämpfe in Aussicht stellt und recht wenig optimistisch klingt. — Die Russen wollen noch mehr Truppen auf den Kriegsschauplatz werfen. Es wird darüber aus Petersburg gemeldet: Infolge der Unzulänglichkeit der russischen Truppen sind nunmehr umfangreiche Verstärkungen des manövrierfähigen Heeres ins Auge gefasst worden. Es soll vor allem die bereits begonnene Mobilisierung einer Drenburger Infanteriedivision, sowie einer Ural-Infanterie-Division beschleunigt werden, und am 15. Mai die Mobilisierung des 10. Armeekorps (Churum) und des 17. Armeekorps (Moskau) beginnen. Auch sollen sämtliche alibi-Infanterie-Regimenter Ersatzformationen erhalten. Ein russisches Eschibladzaret von China an angegriffen. Ein spät in Petersburg am Sonntag eingetroffenes Telegramm an das rote Kreuz aus Münden berichtet, daß chinesische Räuber eine russische Ambulanz angegriffen haben und sämtliche Pfleger, begleitende Soldaten und Verwundete niedermetzten. Die Wundheilung ist noch nicht amtlich bestätigt, doch ruft sie ungeheure Wutregung hervor. Sollte sie sich bewahrheiten, so dürfte ein scharfer Notenwechsel event. Abbruch aller diplomatischen Beziehungen mit China erfolgen.

**Die Niederknüttelung der Leipziger Frankenkasse.**

In Leipzig ist am Sonnabend durch ein Nachwort der Kreishauptmannschaft der Streit zwischen den Ärzten und der großen Ortskrankenkasse mit 140 000 Mitgliedern zu ungunsten der letzteren beendet worden. Im Vorjahre hatte noch vor einigen Wochen der Minister v. Meißel erklärt, der Kölner Weg, bei dem die Regierung einfach die Anerkennung der Ärzteforderungen befehl sei nicht gangbar. Jetzt hat die sächsische Regierung doch denselben Weg betreten und das Selbstverwaltungswort der Krankenkassen konfirmiert, indem sie am Grund 66 des Kr.-Verf.-Ges. schließlich einen Vertrag mit den unterliegenden Ärzten abgeschlossen, die freie Arztwahl angeordnet und das von der Kasse eingeführte Diktirarsystem aufgehoben hat. Am 16. April forderte die Kreishauptmannschaft die Anstellung von 98 Ärzten bis zum 25. April. Am Abend dieses Tages konnte der Kassenvorstand das Vorhandensein von 78 Ärzten und den Vertragsabschluss mit noch weiteren acht Ärzten, die bis zum 1. Mai ihre Tätigkeit aufnehmen würden, angehen; für Befriedigung der fehlenden 17 Ärzte wurde eine Frist von vier Wochen erbeten. Die Kreishauptmannschaft erklärte sich zwar nicht für befriedigt, verständigte aber noch am 26. April die in Leipzig freitretenden Ärzte, eine Anzahl von weise Entzerrung der neuen Diktirarsysteme aus dem Kassendienst sei von vornherein ausgeschlossen. Das war vor vier Wochen. Obwohl inzwischen die Zahl der amtierenden Sanitätisten auf 88 geliegen war und keine Beschwerde über Ärzte-Mangel geführt wurde, schloß plötzlich die Kreishauptmannschaft mit dem Vortzerring einen Vertrag ab ohne Zuziehung des Kassenvorstands. Am Sonnabend wurde vom Kreishauptmann verfügt, das Diktirarsystem sei aufgehoben und die freie Arztwahl eingeführt. Die wichtigsten Vertragsbestimmungen sind: Die Verträge der Ärzte werden mit den ärztlichen Bezirksvereinen abgeschlossen.

Das Diktirarsystem ist ebenfalls aufgehoben. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wird ein Einigungs-Kommission und Schiedsgericht geschaffen. So lange die Familienbehandlung abgelehnt bleibt, beträgt das Honorar pro Kopf und Jahr des Einzelmitgliedes 5 Mark. Damit sind die Ärzte Sieger geblieben, nicht durch ihr Recht, nicht durch ihre Macht, sondern durch einen Gewaltakt der Regierung. Recht ist! Es gibt immer noch einige Menschen, die sich über die Natur unseres heutigen „Rechtsstaates“ nicht völlig klar sind. Köln und Leipzig zeigen ihnen, wie der Rechtsstaat arbeitet, wenn er seine Hilfe leiht, und zu welchen Mitteln er sich zwingt, um den Ärzten ein handbegemmes Einkommen zu sichern. Der Vertragserfolg von 1904 wird für spätere Zeiten ein wertvolles Dokument bilden für die Beurteilung der gegenwärtigen rechtlichen und sozialen Verhältnisse.

**Briefkasten der Redaktion.**

**A. und B. in B.** G. gewiß! Im vorigen Jahre wurden in Deutschland rund 1 1/2 Millionen Zentner Petroleum, genau 62 800 Tonnen produziert, im Werte von 4 1/2 Millionen Mark. Der Hauptanteil, etwa zwei Drittel der Gesamtproduktion, entfällt auf die Petroleumwerke von Wölge u. Steinrück bei Gelle im Hannoverischen. 1892 betrug die Produktion erst eine Million Zentner; sie ist also verdreifacht gewesen und wird noch mehr steigen, wenn sie auch nicht entscheidend für die Preisbildung in Betracht kommt gegenüber den ungeheuren Produktionsziffern in Benuhlanien und am Kapitee.

**R. in T.** § 291 des Strafgesetzbuchs lautet: „Wer die bei den Übungen der Artillerie verbrauchte Munition, oder wer Viehstehlen aus den Anzeigefängern der Schießstände der Truppen sich unbedeutend ausnimmt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 900 M. bestraft.“

Verantwortlicher Redakteur Ernst Tämmig in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

**Holzarbeiter Zeitz.**  
Mittwoch den 11. Mai abends 8 Uhr  
**große öffentliche Versammlung**  
im Diana-Saal, Neue Zeitz.  
Tagesordnung: Die Folgen des Indifferenzismus. Referent: Kollege Anton Raith, Röhren. — Zutree frei.  
Alle Kollegen und Kolleginnen sind eingeladen.  
Der Einberufer.

**Unübertroffen in Auswahl und Preisen**  
ist mein  
**Spezialgeschäft in Kinderwagen u. Sportwagen.**  
Neu eingeführt: Veranda- und Korb-Möbel, Marktkörbe, sowie sämtlich feinere Korbwaren für den Haushaltsbedarf, Korbstühle, verstellbare Gartenstühle in jeder Preislage.  
**Theodor Lühr, Halle a. S., Leipzigerstr. 94.**  
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

**„Germania“.**  
Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stettin.  
Kein Arzthonorar! Sicherheitsfonds: 275 Millionen. Keine Policegebühr!  
**Keine Volksversicherung! Lebensversicherung von 1000 Mk. ab**  
mit Uebnahme der Invaliditätsgefahr für die durch Unfall oder Krankheit entstandene dauernde Erwerbsunfähigkeit.  
An Dividenden sind überwiesen für 1880: 66%, 1881: 63%, 1882: 60%, 1883: 57%, u. s. f. — Auskunft erteilt gern kostenlos schriftlich oder mündlich auch abends nach der Arbeitszeit  
**Fr. Gossrau, Geiststrasse 21.**

**Spazierstöcke**  
Naturholz  
45, 65, 95 J., 1.35, 1.50, 1.90 A.  
**Spazierstöcke**  
Metallkranke  
45, 95 J., 1.50 A.  
**Spazierstöcke**  
aus Stahlrohr  
1.65, 2.25, 2.85 A.  
**C. F. Ritter**  
Leipzigerstr. 90.  
5 Proz. Rabatt-Spar-Marken.

**Farben, Lacke, Pinsel jeder Art.**  
**Otto Kramer,**  
Frohen, Farben 9 Mittelwache 9  
gegenüber der Glauch. Kirche  
**jetzt Steg 14.**  
Konfiszirt gewesen!  
**Simpleximus Nr. 42.**  
Spezialnummer des Zentrums.  
Preis 20 Pfg.  
Zu beziehen durch  
**Die Volksbuchhandlung,**  
Geiststraße 21.

**„Ein Nachtsytl.“**  
Jubelabend!  
Zum **25. Mal.**  
„Ein Nachtsytl.“  
Morgen Dienstag 8 1/2 Uhr in der  
Joh. Fischer,  
Große Goleinstraße 7.  
Morgen Dienstag großes Schlachtfest.  
Ad. Wackernagel,  
Viktoriastraße 31.  
Dienstag Schlacht u. Fest.  
Richard Wagnerstraße 34,  
Ede Adernstraße.  
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.  
**Konsumverein**  
**Hohenmölsen**  
sucht per sofort einen unerblicklichen  
**Knecht.**  
Zu melden im Kantor.  
Entlaufen vogelgeier Epig (Gund),  
Hof. Kuzgaden gegen Felsung,  
Schaller, Friedenstraße 11.

**Segeltische**  
braune, von Militär getragen, aber sehr gut erhalten, verkauft billig  
**J. Sternlicht, Alter Markt 11.**  
**60 Flunder** u. 3 Aie 2 1/2 A.  
30 größere u. 3 Aie 3 1/2 A. g. Madn. Sport-Müncherei G. Wegner, Schwinnmünde A. 22.  
**Universal-Karten**  
für  
**Automobil- u. Radfahrer**  
(Ladungs-Format).  
König, Götze, Kahl und Stranzigweig  
Preis 1.50 Mk.  
Leipzig, Halle und weitere Umgebungen  
Preis 1.75 Mk.  
**Saalkreis-Karten** Preis 20 Pf.  
Zu beziehen durch die  
**Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Geiststr. 21.

Mehrere Tapezierer, Polsterer und Dekorateur werb. sofort geuntd.  
Arbeitsnachweis der Tapezierer, Mannsstraße 22, 1.  
Eine große freundl. Wohnung mit all. Zubeh. zu verm. u. sofort bezuehbar.  
**Bruno Wunderack, Aue bei Zeitz.**  
Otto Just, 2. Buchererstr. 45  
empfiehlt sein Lager von all. Sorten Bretter, Latten, Bettstellen, Kantholz, Scheitholz, Dachpappe, Dachziegel usw.

**Sozialdemokratischer Verein Streckau.**  
Donnerstag den 12. Mai (Himmelfahrt) nachm. 4 1/2 Uhr im Gasthaus „Glocke auf“  
**Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Wahl der Zeitungs-Kommission. 2. Bericht von der Arbeiter u. Wohnungs-Kommission. 3. Uebere diesjährige Parte. 4. Bericht über den 1. Jahrs. Ergebenen erwidert P. S.

**Apollo-Theater.**  
Lachen ist gesund!!!  
Ber  
**Kartstein**  
die famose rheinische Töne, als Musketier Schmitz in der tollen Burleske  
**„Aus einer kleinen Garnison“**  
noch nicht gesehen hat, weiß nicht, wie viel er seiner  
**Gesundheit schadet!**  
1/2 Uhr: Das unterwältigste: „Ein Nachtsytl.“  
Morgen Dienstag den 10. Mai:  
**Jubelabend!**  
Zum **25. Mal.**  
**„Ein Nachtsytl.“**

**Walhalla-Theater.**  
Direktion: F. W. Jedermann.  
Montag den 9. Mai 1904:  
**Beginn der Schluss-Kämpfe**  
in der großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz  
und die Miltierität der Kronin Sankten.  
Jena, den 30. April 1904.  
**Heinrich Eberle**  
Meisterschaftsringler v. Deutschland gegen  
**Urban Christoph**  
den rheinischen Riesen.  
Jean Pierre Fiorard  
der Kolb von Frankreich gegen  
**Paul Belling**  
den Meisterschaftsringler v. Berlin.  
Feyrouse, der Hübe von Valencia gegen  
**Emil Bau, Eberfeld**  
bzgu das brill. Variete-Programm.

**Neu. Möbel** Gebr.  
Größte Auswahl aller Arten, als: echt u. immittiert Buchbaum, Eiche, Mahagoni, Birke: Herren- u. Damen-Schreibtische, Bücherschränke, Wäffels, Kuffeln, Stieg- und Ausziehtische, Truemeaux, Preiselpiegel mit Schränken oder Konsolen, Französischränke, Vertikows, Kleiderschränke, englische und franzöf. Bettstellen mit und ohne Matrassen, Badstühle mit und ohne Marmor, Nachtische, Garderoben-Schränke, Seiden-, Plüsch- u. Rips-Garnituren, Paneel-Sofas, Teppiche, Bilder, Portieren, Gardinen, Tischdecken u. v. m.  
Kompl. Salons, Wohn- und Schlafzimmer-Einrichtungen.  
Alles sehr preiswert durch große Gelegenheitskäufe.  
**Friedr. Peileke**  
Griffstraße 25.  
Alle Möbel nehme stets in Zahlung.

**Süddeutscher Postillon**  
Nr. 10  
Preis 10 Pfg.  
ist errichtet und zu beziehen durch alle Austräger und die  
**Volksbuchhandlung,** Geiststraße 21.



## Deutscher Reichstag.

86. Sitzung. Sonnabend, den 7. Mai 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Herr v. Stengel.  
Zunächst werden einige Regierungssachen erledigt.  
Bei dieser Gelegenheit tabelt

**Herr Dr. Sattler (natl.)** die Lage Preussens der Rechnungskommission angelegentlichst beschuldigt, indem er die Kolonialverwaltung und Preussens den Wunsch nach einem Reichspersonal angibt.

**Herr Dr. Sattler (natl.)** protestiert gegen dieses Vorbringen, das mit dem föderalistischen Charakter der Reichsverfassung unvereinbar ist.

**Herr Dr. Sattler (natl.)** erklärt, er habe nur den allgemeinen Wunsch nach einer Stärkung der Stellung des Schatzjäters auszusprechen wollen.

**Herr Singer (Soz.)** zu entschuldigen braucht sich Herr Sattler wirklich nicht. Es wird doch noch erlaubt sein, im Reichstage zentrale Finanzfragen zu vertreten. (Seitert.) Es ist die höchste Zeit, daß den eigentlichen Entscheidungsgewalt der Kolonialverwaltung ein Ende gemacht wird. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Es folgte die zweite Beratung der

### Keinen Finanzreform.

Durch § 1 wird die sogenannte **französische Klausel** (Ueberweisung des den Betrag von 130 Millionen Mark übertragenden Ertrages der Zölle, der Tabaksteuer und der Stempelabgaben an die Einzelstaaten, insofern eingeschränkt, als künftig nur die Erträge der Stempelabgaben, der Maßbottichsteuer und der Branntwein-Materialsteuer den Einzelstaaten überwiehen werden sollen.

**Reichstagsdirektor Herr v. Stengel:** Der § 1 verfolgt das Ziel, durch Einschränkung der Ueberweisungen auf ein bestimmtes Maß die Verantwortung des Reichsstaats zu befestigen und dem Reiche wiederum die Bewegungsfreiheit über seine wichtigsten Einnahmequellen zu gewähren. Das ist im Hinblick auf die Zölle um so wichtiger, als wir vor der Einführung des neuen Zolltarifs liegen, dessen finanzielle Wirkungen sich nur schätzen läßt, während die Beschäftigung der Einzelstaaten von einem Risiko entlastet werden, das ihnen jetzt eine halbwegs zuverlässige Einkommensquelle kaum mehr ermöglicht. Schließlich wird eine Verminderung der Reichsschuld erreicht. Dabei hat der Regierung die Ansicht, das Budgetrecht des Reichstages anzuerkennen, vollkommen fern gelegen. Als Bedingung, daß es dem Reiche nicht leicht gemeten ist, sich für diese Vorlage zu entscheiden. Aus seiner Mitte stammt die französische Klausel, und es mußte Empfindungen überwinden, die ihm selbst nur alle Ehre machen. Ueberwiegend aber mit der Stellung der freilichlichen Fraktion und der Sozialdemokraten, die seinerzeit Mann für Mann gegen die französische Klausel getreten haben, während sie heute für ihre volle Aufrechterhaltung eintreten, so sie, wie die Köpfe ihrer Fraktionen, verteidigen. So kann mit dies Verhalten nur so erklären, daß die Fraktionen der französischen Klausel sich seit ihrer Einführung allmählich in ihr Gegenteil verkehrt haben. Die Kommission hat nun der Vorlage in Bezug auf die Zölle ihre Zustimmung erteilt, ist aber in der Einschränkung der französischen Klausel nicht so weit gegangen, als wir es planten. Sie hat insbesondere beschlossen, die Stempelabgaben als Ueberweisungsgegenstand beizubehalten, das ist bedauerlich, weil diese Steuer recht erheblichen Schwankungen unterliegt. Doch stellt § 1 auch in der Kommissionsfassung einen recht weitgehenden Fortschritt dar, und ich glaube, daß die Verbindenden Regierungen an diesen Änderungen die Vorlage nicht scheitern lassen werden.

**Herr Richter (Frei. Vgl.):** Der Herr Schatzjäger scheint ganz verwirrt zu haben, wie die Sache 1879 lag. Die französische Klausel war damals die Würde, um dem Zolltarif eine Mehrheit zu verschaffen. Als Gegner des schubhändlerischen Zolltarifs durften wir uns selbstverständlich an diesen Würden nicht beteiligen. Sehr richtig! Das ist die Würde, die wir gegen die Klausel zu haben wir jetzt durchaus nicht für sie wie die Köpfe um ihre Jungen gekämpft. So arifanisch ging es in der Kommission nicht (Seitert), sondern recht nüchtern. Traulich war nur der Moment, als der Schatzjäger mit bewegter Stimme erklärte, daß die Frage, ob die Zölle auszuheben seien oder nicht, über sein oder Nichtsein dieses Ministeriums entscheiden würde. Erst auf Stellung dieser Ministeriums wurde der Antrag mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen, die Zölle aus der Ueberweisungssteuer herauszunehmen. Wir werden gegen den § 1 stimmen, weil er die Kollektivität, die wir uns wünschen, das ist jetzt um so weniger ersehnt, als niemand die Wirkungen des neuen Zolltarifs abschätzen kann. Es wäre auch ganz falsch, für Einnahmen zu sorgen zur Deckung unbedachter

Mehrausgaben der Zukunft für Militär, Marine und Kolonien. (Bravo! links.)

**Herr v. Nischporen (Konf.):** Meine Partei ist von jeher für eine klare Trennung der Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten eingetreten. Gegen die jetzige Vorlage wird zunächst eingewandt, daß sie das Einnahme-Bewilligungsrecht des Reichstages schmälere, indem sie ihm die Einnahmen der meisten Bundesstaaten nicht anerkennt, und wir sind auch nicht geneigt, es grundsätzlich doch einzuführen. In der Reichsverfassung besitzen die Materialabträge im Einnahme-Bereich ein Recht zu fordern. Aber diese Materialabträge werden auch nach Annahme der Vorlage heftig werden, und damit auch das Interesse der Bundesstaaten an Parlament im Reich. — Redner legt die Stellung seiner Partei dahin zusammen, daß sie an liebsten weiter gegangen wäre wie die Reichstagskommission in einer Linie für diese eintreten würde. Schließlich würde aber auch die Kommissionsfassung zu haben sein. (Bravo! rechts.)

**Herr Dr. Sattler (Soz.):** Der Schatzjäger hat ganz recht, daß die französische Klausel seit ihrer Einführung sich immer mehr in ihr Gegenteil verkehrt hat. Damals bestritten wir eine Stärkung des Parlamentarismus, heute ist dies Gesetz gleich Null. Heute dient uns die französische Klausel als Sicherung gegen die immer weitere Ausdehnung des persönlichen Regiments mit allen seinen Gefahren. Mein Fraktionsführer Bebel hat ja schon früher ausgeführt, daß der Reichstag nur noch einen Schatten seines Einnahme-Bewilligungsrechts habe, wenn durch die Erhebung der Beiträge der Einzelstaaten der Reichstags diese Einzelstaaten vom Reiche unabhängig würden. Der Schatzjäger hat erklärt, er würde kein Maß aufgeben, wenn das die Ansicht der Mehrheit wäre. Das ist insofern eckelhaft unter einem Ministerium zu hören, das die schlichten Pöbel in der Kammer vor sich mit der Kiste führt und schließlich gar nicht mehr auf dem Schauplatz der Niederlage erscheint. (Geheiter und sehr laut bei den Soz.) Wir fordern schon in unserem Programm eine wirkliche Finanzreform, die die Ausgaben durch Einschränkung der Einnahmen zu decken vermag. Wir wollen nicht, daß die Einnahmen der Reichstagskommission sein soll für die große finanzielle Finanzvorlage, die eine neue Belastung der Massen in den Augenblick bringt, wo die Einzelstaaten sich nicht mehr vor höheren Materialabträgen fürchten. Die neue Vorlage bringt auch keinerlei größere Klarheit in die Reichstagsverwaltung, die noch immer erhebliche Ueberweisungen stattfinden sollen. Ueberdies macht die rein rechnerische Arbeit des Min- und Reichsstaats von 6-700 Mill. auch keinerlei Schwierigkeiten. Man bauscht sie nur auf, um die Finanzreform, wie sie hier gemacht wird, zu verhindern. Wir sind nicht mehr die Finanzreform, bei der alle dem Schatzjäger unsere Unterstützung nicht fehlen. Ueber die Beschränkung des Einnahme-Bewilligungsrechts des Reichstages sucht man uns damit zu trösten, daß man auf die Einnahmen hinweist, die auch nach Annahme des Gesetzes noch von anderer Bewilligung abhängen werden. Aber wir können nicht genehmigen können, daß hier ist unser Recht, namentlich für den Fall von Konflikten, die wir klar für die hiesigen nahe Zeit voraussehen, wo die Zusammenlegung des Reichstages sich wesentlich ändert. Wir müssen das Reich, das es jetzt ist, nicht ändern, sondern es zu ändern, als in den letzten Tagen in Beziehung auf die Reichstagsabgeordneten an gewisse Stelle Ausdrücke wie „Kerl“ und „Wand“ gefallen sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir sind auch in diese Frage als parlamentarische Partei nicht zu ändern, sondern wir sind zu ändern, durch den Eintrag und die Kolonialabgabe unterer hineingetragen. Dagegen hilft nur, daß man die Einzelstaaten ihre Verantwortlichkeit am eigenen Körper fühlen läßt. Deshalb lehnen wir den § 1 der Vorlage rundweg ab. (Beif. bei den Soz.)

**Herr Fränkel (Zentr.):** Wenn wir der Vorlage zustimmen, nehmen wir nicht nur den Reichtum der Reichstagskommission, sondern wir befestigen den Zusammenhang zwischen den Finanzen der Einzelstaaten und des Reiches nicht. Das Interesse der Einzelstaaten an parlamentarischer Reichstagsarbeit bleibt ganz gleich groß. Wir haben nur fast 600 000 Millionen und her. Das hat Zentrum schon immer gelehrt. (Bravo! im Zentrum.)

**Herr Dr. Sattler (natl.):** Wir hätten am liebsten die Regierungsvorlage angenommen, werden aber auch den Kommissionsbeschlüssen zustimmen.

**Herr Dr. Arendt** erhebt in der Vorlage nur einen ersten Schritt. Er hofft mit dem Abg. Sattler, daß die Zusammen-

legung des Reichstages sich ändern werde, und zwar in der, die die letzten Verhandlungen gezeigt haben. (Seitert recht.)  
**Herr Dr. Vachnig (Frei. Vgl.):** Durch die Veränderung der Regierungsvorlage ist die Gefahr eines Verlustes parlamentarischer Rechte beseitigt. Wir akzeptieren alles, was zur Abklärung der fraktionellen Klausel führen kann. Freilich die Materialabträge müssen aufrecht erhalten werden, da ihre Ueberhebung sofort zur Einführung neuer Steuern führen würde. (Sehr richtig! links.)

**Randem Abg. Dr. Wolff (Christl. Vgl.)** seine Zustimmung zur Vorlage erklärt hat, schließt die Diskussion. § 1 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freilichlichen Volkspartei angenommen.

§ 2 gibt in der Kommissionsfassung dem Art. 70 der Reichsverfassung folgende Fassung: „Zur Vertretung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen die aus den Zöllen und niedrigen gemeinschaftlichen Einnahmen im Verhältnis der Einnahmen der Bundesstaaten nicht gleichmäßig, sondern in dem Verhältnis der Bevölkerung aufzubringen. Inwiefern diese Beiträge in den Ueberweisungen der Bundesstaaten finden, sind sie den Bundesstaaten am Jahresanfang in dem Maße zu erstatten, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reiches diesen Bedarf übersteigen.“

Die Ueberweisung des Reiches dienen zur Deckung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben.“

**Reichstagsdirektor v. Stengel** empfiehlt trotz einiger von der Kommission vorgenommenen Änderungen den Paragraphen, der die bisherigen Schwankungen im Verhältnis vornimmt.

**Herr Richter (Frei. Vgl.):** erkennt an, daß der § 2 gewisse Verbesserungen bringt. Aber diese werden dadurch aufgehoben, daß den Einzelstaaten gewissermaßen die erste Dividende an Ueberweisungen im Reiche überwiehen wird. Auch falls die Einzelstaaten die Ueberweisung zur Schuldentilgung verwenden würden, so bleibt doch die Tilgung der Reichsschulden wichtiger als die der Bundesstaaten. Wenn aber das Reich bemüht ist, seine Ueberweisung zu machen, so wirkt gebrochene Zustimmung der Sozialisten entgegen. Wir beantragen gebrochene Zustimmung über den Artikel, und möchten unsere Zustimmung zu dem ganzen Paragraphen von seiner Ausweitung abhängig machen. (Bravo! links.)

**Reichstagsdirektor Herr v. Stengel:** Auf die Einführung dieser Verbesserungen will ich nicht näher eingehen. (Zuruf bei den Soz.: Warum nicht?) Ich möchte nur erklären, daß die Bedeutung des Vorschlages auf falschen Voraussetzungen beruht. Heute sind alle Materialabträge nur subsidiär zulässig, d. h. wenn die eigenen Einnahmen des Reiches nicht ausreichen. In Zukunft sollen die Materialabträge, die das Reich den Einzelstaaten überwiehen werden, den ordentlichen Einnahmen gleich stehen, und nur die ungedeckten Materialabträge, die die Einzelstaaten aus ihrem eigenen Austausch aufbringen, als subsidiär angesehen werden. Das ist eine Einschränkung des Rechts der Bundesstaaten, und wenn sie abgelehnt würde, würde der Bundesrat dem ganzen Gesetz wohl nicht mehr zustimmen.

**Herr Dr. Sattler (Soz.):** Ueber die Frage nach direkten Reichsteuern hat sich der Schatzjäger in der Kommission offenbar ausgesprochen. Warum ergrübelt er nicht mit Freuden die Gelegenheit, jetzt auch vor dem Reiche zu erklären, daß die Einführung direkter Reichsteuern nicht zu befürworten ist. Der Schatzjäger vertritt offenbar, daß in der Verfassung direkte Reichsteuern vorgezogen sind. Deshalb sollten auch die Materialabträge überhaupt nicht erlegt werden, sondern die Einzelstaaten als Kontrahenten der Reichsteuern, die als Vorzug ansehen, den das Reich bei den Einzelstaaten nimmt, wie es sich von Bankiers die Zugs-Anleihe vorziehen läßt. (Seitert.) Wir verlangen eine Reform, die ihrem Ueberbilde gerecht werden würde. Die Einführung direkter Reichsteuern ist solcher rechtlicher Schwierigkeiten, die wir nicht zu lösen können, so können wir nicht zustimmen. (Bravo! bei den Soz.)

**Herr Dr. Sattler (natl.):** Wenn wir jetzt bestimmen, daß die Ueberweisung aus einem Jahre nicht den Einzelstaaten überwiehen, sondern für das Reich zur Schuldentilgung und zur außerordentlichen Ueberweisung aufzubringen werden, dürfen wir nicht alle ungedeckten Ausgaben den Bundesstaaten zur Last legen — noch dazu in der roten Steuerreform der Materialabträge, die pro Kopf verteilt werden — sondern müssen sie meignens durch den Staat bestrahlen, daß sie nur in dem Maße zu übernehmen werden, so weit die eigenen Einnahmen des Reiches nicht genügen.

**Herr Dr. Sattler (Zentr.)** erwidert dem Vorschlag, daß zur Deckung außerordentlicher Bedürfnisse nach wie vor Reichsanleihen aufgenommen werden können.

**Herr Dr. Sattler (Soz.):** Wenn Herr Dr. Sattler sich nur so über die indirekten Steuern erheben wollte, die hundertmal ungedeckter sind als die Materialabträge. (Sehr richtig! bei den Soz.) Durch die Einkommenssteuer in den Einzelstaaten werden die Reichen meignens zu den Kosten des Reiches herangezogen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

## Kleines Feuilleton.

„Das schönste Weib Italiens.“ Anlässlich der Mittelmeerreise Wilhelms II. mußte die Wiener Zeitungsblätter über den Aufenthalt des Kaisers in Venedig zu schreiben. „Der Aufenthalt Kaiser Wilhelms galt nicht so sehr als ein Ereignis, als die schönen Gräfin Anna Komoroff, die als Begleiterin des Kaisers mit. Er ist, wie allgemein erzählt wird, schon am 25. v. M. bereits im fernen Ostasien mit seiner kleinen Lancia a vapore nach Venedig gekommen und dort am Palazzo Morosini abgestiegen. Am 26. v. M. um 10 Uhr vormittags fand seine offizielle Ankunft statt. Um 12 Uhr mittags verließ der Kaiser auf einer Schuppe seine Fahrt nach Venedig und begab sich, von seinem Adjutanten begleitet, wieder ins Palazzo Morosini. Bei der Landung wurde er von dem Vater der Gräfin, Herrn Morosini, empfangen; die Gräfin selbst erwartete ihren Mann am Fuß der Treppe. Rangs der Treppe bildeten zwölf Lakaien. Später Kaiser Wilhelm blieb bis 1/2 Uhr im Palazzo, dann verließ er die Hofgesellschaft zurück. Viele Neugierige waren vor der Hofgesellschaft, zu dem der Bürgermeister, der Präfect, die beiden Admirale Canova und Fregier und auch die Gräfin Morosini und ihr Vater geladen waren. Am folgenden Tage um 12 Uhr mittags war der Kaiser neuerdings mit acht Offizieren Galt bei der Gräfin. Auf der ihm und ihrem Vater nahm auch die Tochter der Gräfin an dem zu Ehren des Kaisers gegebenen Diner teil. Beim Abschied überreichte der Kaiser der Gräfin angeblich ein prächtiges Schmuckstück. Um 4 Uhr nachmittags verließ der Kaiser sein Schiff und fuhr auf dem Dajugof. Als er am Kanal S. Marco anlangte, stand die Gräfin auf ihrem Balkon, um dem kaiserlichen Gruß zu erwidern. Ganz Venedig spricht von der Gräfin Morosini. Sie ist von mittelgroßer Gestalt und hat herrliche, große, schwarze Augen. König Humbert hatte sie „das schönste Weib Italiens“ genannt. Sie ist eine geschickte Frau.“

Ein anderes bürgerliches Blatt veröffentlichte sogar das

Programm des Konzertes, das zu Ehren der Gräfin an Bord der Hohenpollen gegeben wurde. Der Kaiser soll das Programm selbst zusammengestellt haben. Die Anfangsbuchstaben der zum Vortrag gelangenden Musikstücke ergaben den Namen Morosini.

Dieser Kaiserbesuch hat aber ein eigenartiges Nachspiel gehabt. Am letzten Donnerstag gab es in Venedig heftige Straßenbemonstrationen gegen den Kaiser.

Der Kaiser der Gräfin Morosini hat den Chefbedienten des in Venedig erscheinenden sozialdemokratischen Blattes überfallen und verurteilt. Der Bedienter soll die Gräfin beleidigt haben. Am Freitagabend wiederholten sich die Ausgebungen auf dem Marktplatz aus Anlaß des täglichen Angriffs des Grafen Brandolin gegen den Herausgeber des Secolo Nuovo, Marongoni. Die Menge rief „Abasso la Comtesse“; es kam zu wiederholten Zusammenstößen mit den Karabinieri, wobei wiederum zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden.

Der Graf aber hat der Gräfin einen neuen Namen gegeben, indem er die Öffentlichkeit, weil über Venedig hinweg, zogen, sich mit einem Statu zu befristigen, der in Stunde genommen, niemand etwas angeht.

**Metzgermeister und Theater.** Die rein menschlichen Bestrebungen der Metzgermeister sollen auf die Bühne gebracht werden. In der neuesten Nummer (vom 1. Mai) der literarischen Praxis, offizielles Organ des Deutschen Schriftsteller-Bundes, findet sich folgendes Inserat:

„Auftrag: Auf den Bühnenstag durch dreitägiges Schauspiel: Der Kaiser-Bezirk. Bühnenstück, realistische Darstellung der Verurteilung der Metzger durch die Krantenkassen und ihre Folgen. Sonntag nicht benachteiligt, dagegen die Zeitigung der Gewerkschaft, keine Vorauszahlung der Rollen seitens des Autors.“

Das Produkt der Muse eines jetzt wohl kaum Mangel an Zeit lebenden Metzgermeisters wird zweifellos gut werden.

**Beobacht. Der Vorwärts** erzählt aus Petersburg folgende Zudritt: „Neulich ist in der hiesigen Bergakademie folgende merkwürdige Geschichte passiert. Der neu angestellte Direktor der ge-

nannten Anstalt, Professor der Chemie von der Petersburger Universität Komolow, hatte offenbar beschlossen, sofort seine Anwesenheit dem zu beweisenden, die rechte Substantiv der Bergakademie „fest anzufassen“, — es sei nebenbei bemerkt, daß die Bergakademie in Petersburg sich in den letzten Jahren durch den revolutionären Geist ihrer Zöglinge, sowie durch eine Gruppe fortschrittlicher, anhängender Professoren rühmlich hervorgetan hat. Seinen Kampf mit dem trüben Reaktion begann nun Herr Direktor Komolow damit, daß er sich zur Revision in den sogenannten „Spezialab“ begab — eine gewöhnlichste Veranstaltung der Studenten, wo sie ihre Absichten einnehmen, Zeitungen lesen und die Gesellschaft pflegen. Der Spezialab der Bergakademie befindet sich im alten Gebäude, und so möchte sich der schönste neue Direktor betonen, auch dort sein nachdrückliches Auge pazieren zu lassen. Und, o Schreck! was erklüdet er auf einer Wand des Spezialabes, unter andern Vorwärts beliebter russischer Schriftsteller und Zenters? Weibels Bild! Sofort erklärt Herr Komolow dem zu seiner Hand, daß er nicht die Substantiv Komolow heranzuziehen werden müsse. Er bekommt jedoch zur Antwort, daß die Ausschmückung der Wände im Spezialab eine interne Angelegenheit der Verwaltung des besagten Anstalts sei, und daß Bebel auf Anweisung dieser Verwaltung seinen Platz erhalten habe. Der geschickte Direktor bezieht abhand dem Vorwärts, das Portrait herunterzunehmen; als sich jedoch auch dieser weigert, ruft der Herr Direktor eigenhändig Weibels Bild von der Wand und schmeißt es auf den Boden.

Die Studentenschaft ließ sich diesen Fort nicht ruhig gefallen, es doch die Unanständigkeit der studentischen Selbstverwaltung zu verteidigen. Es wurde eine Versammlung einberufen, ein Protest angenommen und derselbe zum Direktor geleitet. Mein Herr Komolow wollte „fest bleiben“ und sagte einfach die studentische Deputation, die ihn den Beschlüssen der Studentenschaft herbeiführte, als Antwort darauf eine neue Versammlung ein und stellte die Forderung der Entlassung Komolows.

Gleichzeitig brach ein Konflikt zwischen dem Direktor und den Professoren aus. In einer Sitzung des Professorenrats wurde Herr Komolow durch den Vorsitzenden der letzten Sitzung der Rektor durch fortschrittliche Delegation hervorgetan hat) dem Direktor die Bemerkung, daß er dessen

Nach weiteren Bemerkungen des Hrn. Schöberl (Freil. Bg.) wird § 2 gegen die Stimmen der Freiwil. und Sozialdemokraten in der Kommissionfassung angenommen.

§ 3 ist von der Kommission getilgt worden. Er verlangte, daß die Materialbezüge in der Regel den Betrag der Lieferungen nicht übersteigen sollen. Nachdem der Reichstag die Erklärung noch einmal die Regierungsbürokratie empfohlen hat, beschließt das Haus einstimmig nach dem ursprünglichen Wortlaut.

Ferner hat die Kommission eine Resolution beantragt, die verlangt, die Wahlbestimmungen-Widerrückung auf eine der weltlichen Klassen entsprechende Höhe herabzusetzen.

Hrn. Goll (Reichsp.) Die Resolution wird nur Beibringung in das Ausschussverfahren bringen; sie kann nie durchgeführt werden. (Ohrl. Unst.)

Hrn. Wüllersfuß (Senr.) Es wäre Anstandslos die Interessen, nicht mehr zu verlangen, als die wirkliche Ausgabe beträgt. Solcher Zehnjahres-Vollst. muß man bei der jetzigen Finanzlage ein Ende machen. (Beif. im Saale.)

Hrn. Schöberl (Freil. Bg.) Stengel bezieht sich auf die Wahlbestimmungen, die Abtragung des Reichstags einer totalen Prüfung zu unterziehen.

Hrn. v. Karberg (Reichsp.) Die Interessen wohnen in der dem Reichstag übergebenen Angelegenheit, da nachher die dem Anstandslos die Interessen, nicht mehr zu verlangen, als die wirkliche Ausgabe beträgt. Solcher Zehnjahres-Vollst. muß man bei der jetzigen Finanzlage ein Ende machen. (Beif. im Saale.)

Hrn. Goll (Reichsp.) bezieht sich nur auf die großen Vorteile Vorteil von der Rückergütung hätten.

Danach wird die Resolution gegen die Stimmen der Konservativen und National-liberalen angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (S. Sitzung der kleinen Finanzkommission und des Glau.)

Schluß 3/4 Uhr.

Darum kann vom Richter nicht mehr verlangt werden, als daß er schlichte, das ist sich um eine öffentlich bemerkbare Arbeit handelte. Das genügt schon zur Beurteilung. Diese Feststellung habe aber das Landgericht Dels getroffen, somit könnten die Angeklagten gleich verurteilt werden.

**Gewerkschaftliches.**

**Das Wachstum des Bergarbeiterverbandes.** Der eben veröffentlichte Jahresbericht des sogenannten alten Verbandes ergibt eine außerordentliche Kräftigung dieser vielverfolgten Arbeiterorganisation. Als im Jahre 1895 durch den Offener Meinelprozeß dem Verbands seine alten Führer Schröder und Meper auf Jahre hinaus entlassen wurden, besaß er nur noch 4-5000 Mitglieder. In der früheren Zeit, 1890-91, gehörten ihm schon 45000-50000 Mitglieder an. Unglückliche Streiks (Saargebiet und Ruhrgebiet 1893), manigfache Festsetzungen der schon zusammengelaufenen Angehörigen waren die Ursachen des Wachsens. Seit dem Meinelprozeß hat dieser der neue Aufschwung. Das Jahr 1902 schloß die Organisation ab mit 48 278 Mitglieder, am Schluß 1903 war ihre Zahl auf 69 028 gestiegen, also Zuwachs in einem Jahre 20 750 Mitglieder! Augenblicklich ist der Mitgliederstand ca. 75 000, die Auflage des Verbandesorgans, die Deutsche Bergarbeiter-Zeitung, beträgt 80 000! Dieser große Aufschwung ist der beste Beweis für das wachsende Vertrauen der Bergarbeiter zu ihrem Verbande. Der örtliche Gewerkschaftsverein, dessen Führer, der Landtagsabgeordnete Bruch, sich bekanntlich für ein „buddhistisches „Sozialistisches“ ausgesprochen, gab für Ende 1902 an rund 400 Mitglieder, Ende 1903 nur noch etwa 39 000, da hauptsächlich die „Sozialistischen“ Mitglieder in die Siegerlande dem Gewerkschaftsverein des Herrn Bruch den Rücken kehren. Vor etwa fünf oder sechs Jahren war die Stärke des „christlichen Gewerkschaftsvereins“ der des alten Verbandes ziemlich gleich; zur Zeit ist der letztere fast doppelt so stark wie der vom Zentrum inspirierte Gewerkschaftsverein. Auch in der fast ausschließlich domäne des Ruhr-Verbandes, im Ruhrgebiet, besitzt heute der Verband ca. 50 000 Mitglieder, aber auch hier viel stärker geworden wie die bezugnehmende in Arbeiterkreisen. „Gewerkschaftsverein“ betitelt ultramontane Bergarbeiter-Organisation. Die fernere Entwicklung läßt sich leicht voraussagen. Der Bergarbeiter-Verband hat sich auch finanziell sehr gut entwickelt. Sein Vermögen beträgt 1901 erst 160 000 Mk., 1902 waren es 260 000 Mk. und 1903 rund 439 000 Mk. Mitgliederbeiträge kamen im letzten Jahre 445 000 Mk. ein, im Vorjahre 292 000 Mk. Die Gesamtsumme betrug 649 545 Mark gegen 462 000 in 1902. Unter den Ausgaben figurieren Streiks und Gewerkschaften-Unterstützung 32 635 Mk., Reichs-Verband 20 345, Streikende 34 429, Ausstattung 18 551 Mk. Der Verband hat auch eine Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt, die ab 1. Januar 1905 in Kraft tritt. Um sich von Exzellenzen zu befreien, hat der Verband ein großes Grundstück in Bochum gekauft, wo ein umfangreiches Verwaltungs-Gebäude nebst Drucker- und Wohnhäusern errichtet werden bevor fertig gestellt sind. Freigiebt, wird der Vorrat einen Wert von 300 000-400 000 Mark repräsentieren. Die Fortschritte dieser Gewerkschaft können den Schatzmachern lehren, daß dem Segenszug der Arbeiterorganisation sich auf die Dauer keine Macht mit Erfolg entgegenstellen kann.

**Der Leberarbeiter-Verband** hat nach dem eben vorliegenden Jahresbericht seine Mitgliederzahl von 4570 auf 4949 gesteigert, die sich auf 84 Dorte verteilen. In diesen 84 Orten sind insgesamt 778 Betriebe mit 18 270 Arbeitern, außerdem sind aber noch eine Reihe Ortschaften vorhanden, in denen rund 20 000 Leberarbeiter arbeiten, von denen noch keine organisiert ist. In Lohnbewegungen war 29 Streiks, Auspurrungen und Lohnforderungen zu verzeichnen, von denen 6 Streiks und eine Auspurrung war. 23 Lohnbewegungen und Differenzen wurden auf dem Verhandlungswege erledigt. Die Abrechnung bilanziert mit 113 701 Mk., Kassenbestand mit 44 520 000 Mark. Für Unterstützungs-Einrichtungen wurden 44 Prozent der Einnahme verwendet, während für Lohnbewegungen nur 7,5 Prozent aufgewendet wurden. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß von den 29 Lohnbewegungen nur 6 zu einem Streik führten. Der Verband hat noch ein großes Arbeitsfeld vor sich; wenn aber jeder Arbeiter seine

Macht hat, dann wird dem Verband auch der Erfolg nicht fehlen.

**Falle und Saalkreis.**

Galle, 9. Mat.

**Zur Säbelsäure**

gegen den Gefährlicherer Mansfeld sind uns Augenzeugen verdächtige neue Mitteilungen zugegangen, die sämtlich in dem Artikel einfließen, sie stellen das Verhalten des hiesigen Richters für unerhört, und Mansfeld habe keinen Anlaß gegeben, daß der Fall mit dem Säbel trat. Der Vorwurf ist, daß Mansfeld schon vorher auf der Trostherberge, als sein Pferd, eine jetzt aufgearbeitete Stute, vor einem Motorwagen steuerte, mit dem hiesigen Richter in einem Wortwechsel geraten war, weil Richter ihm den freundlichen Rat erteilte, Mansfeld möge die wertvolle Stute zum Hofplatz führen. In das Restaurant zum Gemöbel war Mansfeld noch gar nicht eingetreten, sondern als Richter sah, daß Mansfeld ausparieren, kam er dem Anzeigen, in den er nach dem ersten Zusammenstoß mit Mansfeld einbezogen war, herbeigekommen, und nun kam es zu dem Aufnahmestrich. Richter hielt Mansfeld für betrunken. Das konnte jedoch gar nicht der Fall sein. Mansfeld hat fünf, sechs Säbelsäure in die Anstehle erhalten, mehrere Hiebe über die linke Hand und ebensoviele Hiebe über den Kopf, so daß Blut über das Gesicht floß. Auf einem Sandwagen wurde schließlich Mansfeld, der nur seine Hiebe hatte nach Hause bringen wollen, ehe er nach der Wache kam, nach der Polizeiwache transportiert, und hier von 12 Uhr mittags bis 10 Uhr nachmittags festgehalten, ohne daß ihm Wasser zum Trinken und kein Gericht wurde. Als er es vor Schmerzen nicht mehr aushalten konnte und um Freilassung bat, wurde ihm erwidert, er müsse bleiben, bis der Kommissar komme. Während die Wunden auf dem Kopf und an der Hand bald geheilt sein werden, sind die Verletzungen an den Beinen derart, daß Mansfeld nur mit Hilfe eines Stuhles sich langsam fortbewegen kann. Trotzdem wollte ihn der Kaiserarzt Dr. Rolbe für heute gehen lassen. — Nicht ein einziges gerichtliches Blatt hat bisher ein Wort über die Angelegenheit veröffentlicht.

**Arbeiterkräft.**

Die ständigen Gefahren, von welchen der Arbeiter in den Betriebsstätten umgeben ist, haben wieder einmal Opfer gefordert. In der Kröllwitzer Papierfabrik waren am Sonntag früh 6 Uhr das Gasbleisystem arbeitet mit Doppel-schichten — die Arbeiter Engler, Kopisch u. Wildsdorf mit dem Gewerkschaftsrat von Althe beidseitig. Auf bis jetzt unangefasste Weise überprüfte die glühende Althe die drei Arbeiter und verletzte sie sehr schwer. Man brachte sie ins Diafonienhaus. Das Gesicht und der Oberkörper waren so schwer, die Arbeiter fielen förmlich vom Leibe. Fürstbische Schmerzen hatten die Unglücklichen ausgebrochen, bis nachmittags 1/4 12 Uhr Wildsdorf und um 6 Uhr Kopisch durch den Tod erschuld wurden. Engler ist noch am Leben. Ob die Arbeiter die nötige Vorkehrung außer acht ließen oder die Einrichtungen in dem Werkstätte, aus welchem die Althe herangeholt werden sollte, diesen Unfall begünstigten, bleibt dahingestellt. Jedenfalls ist der Verlust für die Angehörigen, die ihre Ernteharvest verloren haben, ein schwerer. Die Verstorbenen waren beide 51 Jahre alt und verheiratet. Das jüngste Kind des Kopisch ist 1 1/2 Jahr, das des Wildsdorf 10 Jahre.

Die Direktion der Kröllwitzer Papierfabrik soll bis heute vormittag sich noch nicht bereit erklärt haben, den Witwen der Verunglückten mitzutreten, das das Diafonienhaus der Direktion Kenntnis von dem Ableben der Arbeiter Kopisch und Wildsdorf gegeben hat. Die Angehörigen durften nämlich nicht ins Diafonienhaus wollen und haben erst durch dritte den Tod ihrer Ernteharvest erfahren.

Nachschrift: Nach Schluß der Redaktion schreibt man uns noch, daß der Unglücksfall dadurch passiert ist, weil bei dem Herausheben eines zur Reparatur bestimmten Kessels dieser in seine frühere Lage zurückgeführt und durch den Luftdruck nach unten die Althe unter dem Kessel herausgeschoben kam. Wie schon oben bemerkt, fielen den Verunglückten die Arbeiter

**Polizeiliches und Gerichtliches.**  
**Die sozialdemokratische Flugblätter-Verbreitung am Sonntag in neuer kammergerichtlicher Verurteilung.** Die inoffizielle Oberpolizei-Verordnung vom 20. März 1899 verbietet absonderlich mit den Verbreitungs-Verordnungen in allen anderen preussischen Provinzen an Sonntagen und Feiertagen jede öffentlich bemerkbare Arbeit. Wegen dieses Verbot sollten sich die Genossen Mannemann und Giermehl im Kreise Dels dadurch vergangen haben, daß sie Sonntag in den Häusern eines Dorfs sozialdemokratische Flugblätter verteilten. Das Landgericht Dels als Berufungs-Instanz sprach sie jedoch frei. Zwar erwiderte es in dem Gehör von Haus zu Haus mit je 150 Flugblättern, die an sich nicht zu sehen waren, eine öffentlich bemerkbare Arbeit, weil diese Tätigkeit mit einer gewissen Anstrengung verbunden und öffentlich bemerkbar gewesen sei. Aber, die Verteilung der Sonntags-Feiertage könne nur solche öffentlich bemerkbare Arbeiten verbieten, die gemeint seien, die äußere Beschäftigung der Sonntag- und Feiertage zu fördern. Und auf Grund der tatsächlichen Würdigung der Vorgänge im vorliegenden Falle kam das Landgericht zu der Meinung, daß vorliegend das Gehen von Haus zu Haus mit den Blättern zum Zwecke ihrer Verteilung nicht dazu geeignet gewesen sei, woraus die Freisprechung folge. — Dieser Standpunkt des Landgerichts entsprach nun durchaus dem, welchen das Königl. Kammergericht in laubelanger Praxis angenommen hat. Trotzdem gab diesmal der Straftat des Kammergerichts der Revision der Staatsanwaltschaft in Dels, die sich der Oberinstanz mit der niedrigen Geldstrafe einverstanden erklärt hatte. Während wurde ausgeführt: Der Begriff der öffentlich bemerkbaren Arbeit habe der Vorderstrich richtig gewandt. Es sei aber ein Rechtsirrtum, wenn es meine, daß in jedem einzelnen Falle festzustellen werden müsse, daß die öffentlich bemerkbare Arbeit die Sonntagshilfeigung gefordert habe. Das sei nicht nötig. Alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten seien eben verboten an Sonntagen und Feiertagen, weil sie die Sonntagruhe fördern.

**Türkische Polizei.** Ludwig Fulda, der vor einigen Tagen von seiner großen Orientreise zurückgekehrt ist, erzählt eine für die Zustände in der Türkei charakteristische Szene. Bekanntlich ist die Auswanderung aus dem türkischen Reich Gewohnheit geworden, die Auswanderer werden hierher geschickt. Die Unterthanen des Sultanats dürfen sich nur vor seinen Beamten auszuweisen lassen und ihre Doku und ihr Geld in sein anderes Land tragen. Eine höchst weite Bestimmung, über die aber, wie im Reiche des Propheten üblich, ein ganz anderer, mit Wohlgefallen in den Ausländern, über die handhabungsbare Polizei betrifft, die die Auswanderer das Auswanderungsreisen hat, kann getroffen auswandern. Allerdings ist die Sache doch nicht so einfach, wie die folgende Geschichte aus dem türkischen Reich erzählt. Der Tempel, auf dem sich Fulda in Beirut einschiffte, um von Beirut nach Alexandria zu fahren, war bereits zum Auswandern bereit, als im letzten Moment noch ein Auswanderer mit Auswanderern (aus der Provinz Libanon) betrat, die mitgenommen werden wollten. Die Matrosen ließen das Jalousie herunter, aber der erobert sich im Boot zwischen den Auswanderern, aus dem Geruch, und den Füßgängen ein erregter Streit. Diese verlangten, er solle den armen Teufel in die Kasse 80 Franks pro Kopf — sage achtzig Franks — für die kurze Überfahrt vom Lande an den Dampfer bezahlen. Natürlich weigerten sich jene, es gab ein hitziges Hin und Her, in das sich auch die über diese unerhöhlte Gannelei erörterten Passagiere einmischten. Aber nach fünf Minuten ließen die Matrosen auf ihrer Forderung. Was sollten die Vermittler machen? Es war die höchste Zeit; der Dampfer hatte bereits mehrere Male gepeffeln — sie mußten zahlen. Unter ihnen war auch ein alter, ganz gebrochener Mann; mit Zähnen in den Augen ließ er sich hören, daß er sich nicht zu weigern, ohne Grund heraus. Dann erst konnten die Leute an Bord. Dieser ganze Szene aber hatte das Polizeibeamt mit dem Beamten beigegeben, die ihm natürlich nicht näheren. Als Fulda dann seinen Drögenam fragt, warum die Uniformierten dem eigentlichen Mann nicht abgehört, antwortete er, ohne einzugehen, wurde er erklärt: Der Polizei war nur genehmigt, um genau zu wissen, was die Rückführe aus dem armen Teufel herausbrachten. Denn auf dem Lande wird dann der Raub zwischen Auswanderern und Beamten geteilt.

hat, sei es nun näher, sei es oberflächlich, dem wird es eine Lebererkrankung bereiten, zu erfahren, daß dieser streitbare, kluge Parteiemann auch ein Affler war und zwar ein Affler im eigentlichen und wörtlichen Sinne des Wortes. Seine politische Ansicht war aber vor hat an subjektive Gefühle und Liebeslust gedacht? Ich möchte meinem kritischen Geistes Gewalt tun, wollte ich behaupten, daß er als Richter eine beachtenswerte Sonderstellung einnehme, daß er eine scharfe und unerschütterliche literarische Scharfe habe, daß jedes seiner Urteile ein gebietendes Urteil sei, das man nicht ohne weiteres anfechten oder wenig Kritik kann dies überhaupt gesagt werden! Wie unendlich schwer ist es, sich auf dem Gebiet dieser letzten und schwersten Kunst eine Stellung zu sichern! Er selber war sicherlich der letzte, aber nach dem Vorber des Apollon trachtete.

Die Gedichte, die sich in diesen Bänden an die Öffentlichkeit wenden, wollen für die Freunde des Verförförfen ein Charakterbild vervollständigen und vertiefen; sie alle sollen den Toten, dem sie für so viele Stunden der Weibung und der Erhebung über das Grob hinaus dankbar sein durch diese Werke eines bei aller äußerlicher bürchischen Hautheit und Herbigkeit leidenschaftlich, tief und empfindenden Mannes näher kennen lernen, und schon um dieser näheren Bekanntschaft willen, die erst ein völlig gerechtes Urteil ermöglicht, soll ihnen das Bändchen willkommen sein. Es faltet und faltet ein schmuckes und in sich selbst ein wenig unruhiges, jeder Zeile die Sprache eines innerlich ergreifenden Mannes und wird darum jedem für stille Stunden ein guter Gesellschaftler sein.

**Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslifers.** Ein Vortrag, gehalten von Berliner Arbeitern von Conrad Werlein. In gemeinverständlich Weise gibt der Verfasser ein Gesamtbild der Wirtschaftsgeschichte der Menschheit. Er stellt dar:

Die Wirtschaft der Urwälder. — Die Wirtschaft der Romademoval. — Das Aufkommen der Stadt. — Die Wirtschaft der alten Kulturnationen. — Der Feudalismus. — Das aufkommende Kapitalismus. — Das entwickelte Kapitalismus. — Die Reime der sozialistischen Wirtschaft.

Die Broschüre ist sehr, wie mit der raschen Entwicklung der modernen Kapitalismus auch die Zahl der Arbeiter verhältnismäßig, die sich zu Gewerkschaften zusammenschließen, um ihre Interessen im modernen Wirtschaftsleben zu wahren. Der Vortrag ist daher geeignet, die Aufführungen und Organisationsbestimmungen unter Gewerkschaften notwendig zu fördern und zu unterstützen. Der Preis ist 50 Pf. Zur Verbreitung in Gewerkschaften und Parteistellen soll der Vortrag eine Reklamationsgabe zu 20 Pf. hergestellt. Unsere Partei-Buchhandlungen und Parteilocalitäten liefern die Broschüre.

**Ein schwimmender Zarg.** Der Stettiner Volks- und Schweißerei-Dr. Radmacher widmet, der Heberer Kautschum gehörend, welcher zu Fahren zwischen Katin und Anzowitz benutzt werden soll, wird gegenwärtig auf den Dampfern eingebaut. Das Schiff, ein alter Kisten, ist im Jahre 1857 auf dem Vulkan erbaut worden und soll nun gereinigt und getrieben werden. Zu diesem Zweck wurde das Schiff ins Dock gebracht. Beim Abtragen und Abkloppen der Farbe und des Rostes von den Platten stellte sich heraus, daß eine Anzahl der Platten aus dem Dampfwerk fast völlig vom Rost befreit waren, so daß man mit einem kleinen Hammer doch in die Außenhaut des Schiffes schlagen konnte. Auch im vorigen Jahre zeigte sich bei der Reinigung des Schiffes solche Verrotten. Diese Platten wurden der Schiff wieder ein paar neue Platten in der Außenhaut bekommen. Bis jetzt hat das Schiff ganz gut gefahren. D. h. ein Unfall ist eine Katastrophe ist bisher vermieden. Wie aber, wenn einmal selbst ein solcher Zusammenstoß mit einem anderen Schiff so folgt? Da die meisten und verrotten Platten auch nach so viel Jahren erhalten sein! Der Dampfer soll auf 11500 290, auf dem 200 200 Personen leisten. Man kann sich leicht die Folgen eines auch nur schwachen Zusammenstoßes ausmalen, denn die verrotten Platten bieten bei einem solchen ein feines Hindernis. Inzwischen sind die Arbeiter in der Außenhaut des Schiffes beschäftigt worden und das Schiff mußte das Dock verlassen, weil ein anderer Dampfer geböt werden sollte. Heute, Donnerstag geht Widmer wieder ins Dock. Es wird darüber zu erwarten, daß die Plattenarbeiten bei den Dampfer Widmer mal ganz anstellt, damit eigentl. gründliche Reparaturen an der Außenhaut angeordnet werden können, ehe er zu weiteren Fahrten Verwendung findet.

**Im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A. G. in Leipzig ist eine je geschmackvoll ausgestattete, Broschüre, betitelt mit dem Titel: „Die Wirtschaftsgeschichte der Menschheit“ erschienen. Die Broschüre enthält eine große Anzahl bisher unbekannter Jugend-Gedichte Manches nicht Jugendprosa und Biographien. Daselbst ist in der Hoffbuchhandlung, Geißhaff, 21, zum Preise von 50 Pf. erhältlich und verdient allgemeine Beachtung.**

**Rudolf Döppert** schreibt in einer Besornte zu den Lieben eines fahrenden Schillers: **Der Dampfer Wittich** gelangt





